

Eine Million Soldaten stehen sich am Golf feindselig gegenüber. Das angehäuften Vernichtungspotential reicht, um die ganze Region in Schutt und Asche zu legen. Nach den Berechnungen von US-Militärwissenschaftlern würde allein ein Kampf um Kuwait auf US-Seite 5000 Tote und 15.000 Verwundete zur Folge haben. Doch dabei würde es nicht bleiben. Der ganze Nahe und Mittlere Osten ist ein einziges soziales und politisches Krisengebiet. Ein Krieg würde schnell zum Flächenbrand werden und hunderttausende Opfer kosten.

# Nein zum Golfkrieg

## Schickt die Regierung in die Wüste – nicht die Soldaten

Das ist der Preis, der für die „Erhaltung des Friedens“ und die „neue Weltordnung“ gezahlt werden muß, sagen Bush, Kohl und ihr Gefolge. Doch das Regime Saddams ist ein vom Westen geschaffenes Monstrum, bewaffnet bis an die Zähne, weil die USA und ihre Verbündeten den Irak benutzten, die

aufeinander. Der Irak braucht höhere Ölpreise, um seine Schulden zu bezahlen. Für die wirtschaftlich Mächtigen in den USA ist die direkte Kontrolle über das Öl, das Niederhalten der Preise und die politische Kontrolle über Arabien durch ihre Marionettenscheichs ein unverzichtbares Interesse.

verantwortlich für Folter und Mord an Oppositionellen, steht in der Verfolgung der Kurden Saddam Hussein in nichts nach. China: ein wichtiger Teil der freien Welt, denn Tausende ermordeter Studenten und Arbeiter auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ vom Juni 1989 sind längst vergessen, und

außerdem hat das die Konzerne keinen Pfennig gekostet. Die Führung dieser Truppe liegt natürlich bei den USA, dem Weltpolizisten Nr. 1. Immer dabei, wenn es gilt, Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Zum Beispiel die Freiheit zu entscheiden, wann ein Diktator foltern und morden darf und wann nicht, die Freiheit für die Konzerne, Rohstoffe in der „3. Welt“ billig zu kaufen und im Westen teuer zu verkaufen. Nicht

de Arme obdachlos, die neue – nicht gewählte – Regierung darf nur mit Zustimmung der USA handeln. Doch die Golfkrise ist kein Horrorfilm. Das Abschalten des Fernsehers hilft nicht. Schon werden auch in der BRD Vorbereitungen getroffen. Die Bundesregierung und einige Generäle reden von einer Ausweitung des Bundeswehreinsetzungsbereiches, versuchen, uns an diesen Gedanken zu gewöhnen. Offensichtlich gibt es auch konkrete Planungen. Truppenteile werden aufgesucht, das Grundgesetz soll entsprechend geändert werden. Tagtäglich dient die BRD als Flugzeugträger der US-Army und der Briten. Der Aufmarsch wird durch Material und Finanzen unterstützt.

Wesen“ Saddams ist dabei nur nebensächlich.

Wir stehen daher in voller Opposition zur imperialistischen Einmischung und zum drohenden Völkergemetzel. Eine Lösung der Probleme in Arabien kann nur von den arabischen, kurdischen und jüdischen Massen selbst erkämpft werden.

Wir fordern von der SPD die ablehnende Haltung gegen einen Bundeswehreinsetzungsbereich aufrechtzuerhalten und auf den US-Aufmarsch auszudehnen. Wir fordern von der Partei und den Gewerkschaften eine Aufklärungskampagne, um die Heuchelei von Bush, Kohl und der UNO aufzudecken und um zu erklären, wem der Krieg nützt. Der Protest muß auf die Straße, der Widerstand auch in die Reihen der Bundeswehr und der US-Army hineingetragen werden. Soldaten, die aufbegehren, müssen volle Rückendeckung durch die Arbeiterbewegung bekommen.

Claus Ludwig, Bremerhaven stellv. Juso-UB-Vorsitzender



iranische Revolution zu stoppen und weil Rüstungs- und Chemiekonzerne – auch aus der BRD – Riesengewinne beim Verkauf ihrer Giftküchenprodukte in den Irak machen konnten.

Noch vor zwei Jahren griffen amerikanische Schiffe auf irakischer Seite im Golfkrieg ein. Damals „übersah“ die „freie Welt“ Saddams Völkermord an Tausenden von Kurden. Es galt der Ausspruch eines früheren US-Präsidenten: „Er ist ein Schweinehund, aber er ist unser Schweinehund.“ (Roosevelt über den ersten der Somoza-Diktatoren in Nicaragua)

Doch jetzt folgt das Monster seinem Schöpfer nicht mehr. Interessen stoßen

Also folgte Dr. Frankenstein-Bush, daß das Monster gestoppt werden müsse. Er mobilisierte eine Heldenschar, genannt „friedliebende Weltgemeinschaft“ oder UNO. Doch ein genauer Blick zeigt, was für Helden das sind. England und Frankreich: verantwortlich für die Zerstückelung Arabiens nach dem 1. Weltkrieg, verantwortlich für die Einsetzung von Diktatoren, für zahllose Militäraktionen gegen eine aufbegehrende Bevölkerung. Die Sowjetunion: ein Land am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, um Geld bettelnd, außenpolitisch im Schlepptau des Westens. Die Türkei: Militärdiktatur von NATOs Gnaden,

zu vergessen die Demokratie Kuwaits und Saudi-Arabiens, wo „Ehebrecherinnen“ gesteinigt werden dürfen und wo die feudalen Herrschercliquen „demokratisch“ entscheiden, wie sie die Arbeiter und Bauern am besten aussprechen.

Die USA haben eine lange Tradition von Militäraktionen im Auftrag des Big Business. Jüngstes Beispiel ist Panama. Dort ist der vom CIA gesteuerte Staatsschef Noriega untreu geworden. Er ging seinen eigenen Weg als Großdealer. Im Dezember 1989 griff die US-Armee ein, um „Panama von einem Diktator zu befreien“. Ergebnis: bis zu mehreren Tausend Toten, Zehntausen-

### Imperialistische Einmischung

Ein Krieg im Golf würde vom Westen geführt, um den Völkern der „3. Welt“ zu zeigen, daß sich das Aufbegehren gegen die Ausplünderung durch die Multis nicht lohnt. Das „böse

Gegen UNO-Einsätze der Bundeswehr

SPD muß Grundgesetzänderung verhindern

Interview mit einem US-Kriegsdienstverweigerer

Seite 3

## Der Kommentar

# Gewitterwolken am Horizont

Seit der Einführung der DM in der ex-DDR wurde die wirtschaftliche Lage in Deutschland komplizierter. Es gibt eine gesplante Konjunktur. Im Westteil weiterhin einen Wirtschaftsaufschwung, während im Ostteil die größte Verdrückung von Produktionspotential seit dem 2. Weltkrieg eingesetzt hat.

Ein dichter Schleier liegt immer noch über den Kosten der Einheit und die damit verbundene Staatsverschuldung. Die Bundesregierung vernebelt nach wie vor die Kosten. Es gibt rund ein Dutzend „Nebenhaushalte“, z.B. den Fonds „Deutsche Einheit“, den im Einigungsvertrag vereinbarten Kreditabwicklungsfonds für Schulden der ehemaligen DDR oder den Treuhandfonds. Durch dieses Geflecht von Kreditaufnahmemöglichkeiten blickt kaum jemand durch.

Die Staatsverschuldung wird 1991 sprunghaft ansteigen. Waren es '89 noch 26 Mrd., so werden es nach Schätzungen 1991 120 Mrd. sein. Der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Schlesinger, geht gar von 150 Mrd. aus. Mitte dieses Jahres rechnete man noch mit 90 Mrd. Also: Tendenz steigend. Die Regierungsparteien sagen, wir haben doch eine starke Konjunktur im Westen, die Produktionskapazitäten sind ausgelastet, die Arbeitslosigkeit ist rückläufig. Das stimmt. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen sind auf dem niedrigsten Stand seit '83, knapp 1,7 Mio. Aber die Wolken stehen schon am Horizont.

### Prognosen

Die Wirtschaftsprognosen sind alles andere als günstig. So haben die fünf führenden Wirtschaftsinstitute einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen für 1991 im Westteil auf 2 Millionen vorausgesagt, einen Preisanstieg von 4% und einen Rückgang des gesamtdeutschen Wachstums auf 1,5%. Die katastrophale Entwicklung im Ostteil wird sich fortsetzen. 1,7 Mio. Arbeitslose, zusätzlich 2 Mio. Kurzarbeiter sowie ein Absinken des Bruttosozialproduktes der ex-DDR um -10% erwarten die Institute.

Das Jahrgutachten des Sachverständigenrates sah zwar oberflächlich betrachtet eine etwas günstigere Entwicklung voraus. Aber nur deswegen, weil der Rat „nicht den Versuch unternahm, die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in Gesamtdeutschland zu quantifizieren“, wie die „Frankfurter Allgemeine“ es vornehm ausdrückte. Er beschränkte sich auf eine Prognose für Westdeutschland, die mit +3% für 1991 auch niedriger ausfällt als für 1990 - und das trotz des riesigen Nachfrageschubes durch die Staatsverschuldung.

Angesichts dieser Tatsachen ist es schon unverfroren, wie Kohl die Deutschlandeuphorie schürt. Diese Wirtschaftsperspektiven haben zur Folge, daß die Steuereinnahmen aus dem Ostteil von ursprünglich geschätzten 55 Mrd. auf 40 Mrd. absinken. Das heißt, ein neues 15 Mrd. Loch tut sich auf.

Genaue Beachtung muß den Antriebskräften des derzeitigen Aufschwungs geschenkt werden. Anfang des Jahres waren es noch die Ausfuhren und Investitionen, die den Aufschwung getragen haben. Jetzt sind es hauptsächlich der private Konsum und die öffentlichen Ausgaben. Die öffentliche Verschuldung und die Kaufkraft aus der DM-Umstellung sind die Konkurrenten Nr. 1 geworden.

Diese Stütze ist nicht von Dauer. Schon im Januar werden Mietsteigerungen in der ex-DDR große Teile der Kaufkraft abschöpfen. Von den auf DM umgestellten Sparguthaben der Ostdeutschen wurden häufig langlebige Konsumgüter wie Autos, Elektrogeräte oder Möbel angeschafft, was Impulse für die entsprechenden Branchen in Westdeutschland brachte. Doch solche Anschaffungen tätigt man nicht alle paar Monate, so daß diese Nachfrage zurückgehen dürfte. Auch die Schulden der öffentlichen Hand können nicht ins Endlose wachsen. Eine dauerhafte „Überschuldung“ (d.h. die Kreditaufnahme übersteigt den investiven Teil des Bundes) wird Preise und Zinsen in die Höhe treiben, den Ausfuhrüberschuß schrumpfen lassen und somit eine wirtschaftliche Talfahrt einleiten.

### Weltwirtschaft

Hinzu kommt noch die Weltwirtschaftslage mit der beginnenden Rezession in Britannien und den USA. Die BRD-Exporte nach GB sind um 6,6% gefallen. Insgesamt soll der Leistungsbilanzüberschuß (Handel-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) für 1991 um 23% auf 61 Mrd. DM fallen.

Die Wachstumsdynamik des Welthandels läßt nach. Das drohende Scheitern der GATT-Runde (Verhandlungen über die internationalen Handelsbeziehungen) wird ebenfalls Folgen für die Weltwirtschaft haben, denn die Tendenzen zu Protektionismus (Abschottung von Märkten) und Handelskriegen werden sich verstärken.

Trotz „DDR-Sonderkonjunktur“ wird sich die BRD den Entwicklungen der Weltwirtschaft nicht entziehen können. Im Gegenteil: Mittelfristig werden die hausgemachten Probleme in Deutschland die Auswirkungen einer internationalen Krise verschärfen. In der Konsequenz heißt das: härtere Angriffe auf die Interessen der Beschäftigten, besonders im öffentlichen Dienst, da dort die Verschuldung gigantisch steigt. Der SPD und den Gewerkschaften kommt eine entscheidende Rolle zu, inwieweit der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung gehalten, ausgebaut und im Osten angeglichen werden kann. Sie müssen ihre Mitgliedschaft in den Tarifausschüssen und gegen Angriffe der Unternehmerregierung mobilisieren und aufzeigen, daß die Unternehmer schon 1989 1300 Mrd. DM (Handelsblatt 14.11.89) auf der hohen Kante hatten. Es müssen die zur Kasse gebeten werden, die den Geldsack prall gefüllt haben.

## Aktuelles

### Hamburg nach drei Jahren sozialliberaler Koalition

# Prestigeobjekte und Sparpolitik

Seit 1987 regiert in Hamburg eine SPD/FDP-Koalition - eine vertraute Allianz für die SPD-Rechten. Die Parteibasis nahm damals die Koalition zähneknirschend hin, trotz einiger Anträge und Proteste gab es keinen großen Widerstand. In den letzten Jahren hat man uns beigebracht, daß Demokratie heißt, die Wünsche des kleinen Koalitionspartners durchzusetzen. Mit nur 6,5% der Stimmen bestimmt die FDP in Hamburg maßgeblich die Politik.

Wie von der Lambsdorff-Partei nicht anders zu erwarten, verlangte sie als erstes Privatisierungen (z.B. Hamburger Gaswerke, Verkehrsmittelwerbung, kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen) sowie Sparmaßnahmen. Vor 800 aufgeregten MieterInnen der stadteigenen Wohnungsgesellschaft SAGA erklärte ein SPD-Sprecher im Oktober 89, die SPD wünsche den Verkauf der Wohnungen zwar nicht, sei aber dazu „gezwungen“. Die Vorschläge des SPD-Bürgermeisters Voscherau für eine vernünftige und fortschrittliche Drogenpolitik wurden auf Druck der FDP nicht in den Bundesrat eingebracht.

### Kluft vergrößert

Die Presse und Hamburgs 325 Jahre alte Handelskammer - von einigen als „Hamburgs geheime Regierung“ bezeichnet - protzen mit dem Wirtschaftsboom. In der Tat stiegen die Steuereinnahmen und sank die Arbeitslosigkeit auf 9,5%. Aber die Kluft zwischen Reich und Arm - in Hamburg schon immer sehr augenfällig - wurde noch größer.

Hamburgs Schulden lagen 1989 bei 20 Mrd. DM. 1988 verschlang der Schuldendienst 1,25 Mrd. DM - mehr, als die Stadt für 120.000 Sozialhilfeemp-

fänger ausgab.

Seit 1983 betreibt der Senat seine sogenannte „Standortpolitik“, durch die Hamburg für Investoren attraktiver gemacht werden soll, z.B. durch Subventionen an Unternehmen. Schwerwiegende Konsequenzen für die Einwohner werden dabei mißachtet. Es gibt kaum einen sozialen, kulturellen oder kommunalen Bereich, wo die Hamburger SPD nicht in der Schußlinie steht. Große Wahlverluste und ein Mißtrauen vieler Menschen sind die Folgen.

### Proteste gegen Prestige-Objekte

Letzten September gab es z.B. eine Protestversammlung gegen ein Mammut-Projekt in St. Pauli. Dort soll eine Mehrzweckhalle aus privaten und öffentlichen Mitteln gebaut werden, wobei die Stadt rund 10 Mio. DM investieren soll. Nicht zum ersten Mal standen dabei SPD-Mitglieder auf verschiedenen Seiten.

Zwei Vorstandsmitglieder der örtlichen Partei erteten großen Applaus, als sie sagten: „Wenn man von Kosten spricht, meint man immer die Kosten der Unternehmer und Investoren, nicht aber die Kosten der Anwohner, ihre Ge-

sundheit, ihre Ruhe, ihre steigenden Mieten.“ Ein anderer meinte, er sei es „allmählich leid, in der Partei Beschlüsse zu fassen, die von oben ignoriert werden.“

Auch die Eröffnungsfier eines anderen umstrittenen Projekts, der Neuen Flora, war im Sommer 1990 von großen Protestaktionen begleitet. Die Polizeigewerkschaft erklärte hinterher: „Nach Beobachtungen von Kollegen haben Anwohner die Gewalttäter zum Teil verbal unterstützt und ihnen Schutz vor der Polizei angeboten... In so einem Fall muß es einen tief liegenden Grund geben, nämlich den Neubau dort nicht haben zu wollen.“ Manfred Mahr, Sprecher der kritischen Polizistinnen, sprach von einer „verfehlten Senatspolitik... Jeder Schritt macht auch dem letzten betroffenen Anwohner und interessierten Bürger dieser Stadt klar, daß im Zweifelsfall der Umfang des Portemonnaies die Politik bestimmt.“

In Hamburg fehlen zur Zeit 430 Lehrer(innen), 5.000 KiTa-Plätze, 40.000 Wohnungen, Ausbau der Kranken- und Altenpflege. Es kriselt in der Drogentherapie. Schließungen von verschiedenen sozialen und kulturellen Einrichtungen stehen auf der Tagesordnung.

Zwar wurde ein Aufstockung der Haushalts 1991 neulich beschlossen. Fraglich bleibt aber, ob dies ausreicht. Noch fraglicher ist, ob es die Wähler zu überzeugt. Überzeugender wäre es auf jeden Fall, wenn die SPD eine weitere Zusammenarbeit mit der FDP ablehnt und die Standortpolitik aufgibt.

Sue Powell, Hamburg  
SPD-Mitglied



Der Senat zieht Prestigeobjekte gegen den Willen der Anwohner durch: Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei bei der Eröffnung der Neuen Flora im Sommer 1990.

### Landtagswahl am 20. Januar

# Hessen kämpft!

Am 20. Januar 1991 wählen „wir Hessen“ (SPD-Slogan) uns einen neuen Landtag zusammen. Die bürgerliche Koalition der letzten vier Jahre in Hessen war weder fähig noch willens, eins der großen Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot oder Umweltzerstörung anzupacken oder gar zu lösen.

Ganz im Gegenteil: Eine der ersten Handlungen der Skandal- und Pleitenregierung Walter Wallmanns war, der Plutoniumfabrik Alkem in Hanau eine Teilerrichtungsgenehmigung zu erteilen. Auch die Abi-Deform, die für Schüler mehr Streß und weniger Wahlfreiheit bedeutet, verdanken wir Wallmann und der CDU. Wie ernst es die Freunde der Bankiers und Unternehmer mit demokratischen Rechten und Daten-

schutz nehmen, sahen wir kürzlich am Beispiel des Innenministers Milde. Er zitierte vor dem hessischen Parlament das abgehörte Telefongespräch eines Stern-Journalisten, der angeblich Wallmann diffamieren wollte. Milde mußte unter dem Druck der Opposition zurücktreten.

### Für sozialistische SPD-Politik

Dieses Beispiel könnte Schule machen: Bei den Landtagswahlen haben wir die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß die anderen Minister und Ministerpräsident Wallmann ihrem Ex-Innenminister folgen und „wir Hessen“ keine weiteren vier Jahre unter einer Regierung des Sozialabbaus und der öffentlichen Einsparungen leiden müssen.

Darum fordern wir Jusos alle Arbeiter, Angestellten, Schüler, Arbeitslosen, Studenten, Bundeswehrsoldaten, Zivildienstleistenden und Beamten auf, am 20. Januar SPD zu wählen!

Gleichzeitig setzen wir uns für eine kämpferische SPD-Politik ein, die klar die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber denen der Konzernbosse und ihrem Profitsystem vertritt. Dies ist mit einer Stimmabgabe für Grüne oder PDS nicht zu erreichen. „Druck von links“ verpufft, wenn es in der SPD keinen schlagkräftigen linken Flügel gibt, der diesen Druck aufgreift und umsetzt.

Die rot-grüne Koalition der Jahre 1985/86 scheiterte, weil die SPD-Rechten in Regierung und Fraktion entgegen der Beschlußlage der Partei eine Teilgenehmigung für die Plutonium-Verarbeitung bei Alkem erteilen wollten. Deswegen kommt es nicht nur darauf an, SPD zu wählen, sondern nötig ist auch, selbst aktiv zu werden und die SPD sozialistisch zu erneuern.

Peter Nowack, Kassel, Jungsozialist

**VORAN** zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 4504.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

# Golfkonflikt

# SPD muß Grundgesetz-Änderung blockieren Gegen UNO-Einsätze der Bundeswehr

Die Kohlregierung strebt eine Änderung des Grundgesetzes an, um das Einsatzgebiet der Bundeswehr zu erweitern. Die SPD-Spitze betonte im Wahlkampf immer wieder, daß sie gegen einen Bundeswehr-Einsatz im Golf ist. So weit, so gut. Aber darum geht es zur Zeit gar nicht. Kohl tritt nicht mit der plumpen Aussage vor die Öffentlichkeit „Wir möchten unsere Jungs gern im Golfkrieg sterben lassen“ sondern: „Wir müssen unsere gewachsene internationale Verantwortung wahrnehmen, deswegen müssen UNO-Friedensmissionen mit Bundeswehr-Beteiligung ermöglicht werden.“

Es geht der Regierung (noch) nicht um einen sofortigen Einsatz am Golf, sondern im ersten Schritt vor allem darum, die Golfkrise für eine schnelle Grundgesetz-Änderung zu nutzen, um die Schwelle für zukünftige militärische Operationen zu senken. Kohls Hauptargument ist dabei die UNO, angeblich die friedliebende Weltgemeinschaft der Völker, tatsächlich jedoch ein Verein von Regierungen, von denen viele zu Hause ihre „Leichen im Keller“ haben. (Die UNO umfaßt 159 der 166 Staaten auf der Welt; laut Bericht von „amnesty international“ werden in 138

Staaten die Menschenrechte durch Folter, Mißhandlungen und willkürliche Verfolgungen verletzt.)

## Parteitagbeschuß gegen UNO-Einsatz

Die Haltung der SPD-Spitze zu Bundeswehr-Einsätzen unter UNO-Flagge ist alles andere als klar. Schon vor zwei Jahren versuchte die Kohlregierung, aus Anlaß der damaligen Golfkrise (Iran/Irak-Krieg), das Operationsfeld der Bundeswehr auszuweiten – sogar ohne Grundgesetzänderung. Die SPD-Bundestagsfraktion wies dies damals

zurück, wollte aber über eine Grundgesetzänderung für UNO-Missionen mit sich reden lassen.

In diese aktuelle Debatte griff der Münsteraner SPD-Parteitag 1988 mit einem Beschluß ein, der die Fraktion zurückpfeift und auch UNO-Einsätze mit Bundeswehr-Beteiligung ablehnte.

Diese eindeutige Beschlußlage der Partei hinderte Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion aber nicht daran, seit dem letzten Herbst erneut Bereitschaft für eine entsprechende Grundgesetzänderung zu signalisieren. So sagte

Hans-Jochen Vogel: „In der Tat spricht einiges dafür, daß sich die Bundesrepublik nicht mehr lange von den Verpflichtungen ausnehmen kann, die sich auch in dieser Hinsicht aus der Mitgliedschaft in der UNO ergeben. Aber gleichzeitig muß in der Verfassung ein Verbot von Rüstungsexporten aufgenommen werden. Denn für uns ist nicht akzeptabel, daß deutsche Streitkräfte, die sich an UNO-Maßnahmen beteiligen, mit Waffen bekämpft werden, die zuvor von deutschen Firmen exportiert worden sind.“ (Süddeutsche Zeitung, 27.10.90)

## Kein Kuhhandel mit Kohl

Und Oskar Lafontaine sagte, „wenn Deutschland seine volle Souveränität erreicht habe, bestehe die Möglichkeit, im Verfassungsrat über eine deutsche Beteiligung an UNO-Friedenstruppen zu diskutieren“. (tageszeitung, 10.9.90). Auch auf seinen Wahlkampfkundgebungen verwickelte er die Frage von Bundeswehr-Einsätzen in Krisengebieten mit einem Verbot von Rüstungsexporten.

Offenbar soll ein Kuhhandel angepeilt werden: Die SPD-Führung will einer Grundgesetz-Änderung für UNO-Einsätze der Bundeswehr zustimmen, wenn die Regierungsparteien im Gegenzug ein Verbot von Rüstungsexporten in die Verfassung aufnehmen. Doch gleichgültig ob deutsche Soldaten mit deutschen oder anderen Waffen bekämpft werden – die Ausweitung ihres

Einsatzgebietes muß in jedem Fall verhindert werden.

Jetzt muß die SPD-Basis unbedingt Druck machen, damit die Fraktionsmehrheit mit dieser Position und unverföhrenen Mißachtung von Parteitagbeschlüssen nicht durchkommt. Mehr als 40 SPD-Abgeordnete haben am 26.11.90 eine Erklärung veröffentlicht, in der sie „den Verzicht auf Manipulationen am Grundgesetz“ fordern, „die den Weg für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr eröffnen“. Alle Jungsozialisten und Parteilinken müssen schnellstens Anträge und Resolutionen in den Basis-Gliederungen einbringen und an Vorstand und Fraktion schicken. Wir können nicht erst auf den nächsten Parteitag warten.

## Die Beschlußlage der SPD:

„Jeglicher militärischer Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Vertragsbereiches des Bündnisses ist verfassungsrechtlich unzulässig. Die SPD wird sich jedem Versuch widersetzen, den bisher in dieser Frage bestehenden Konsens aller Parteien und Regierungen in Frage zu stellen. Selbst die Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Aktionen der Vereinten Nationen würde eine Ergänzung der Verfassung erfordern. Wir lehnen eine solche Beteiligung ab.“

Die Linken in der SPD-Fraktion müssen diesmal Rückgrat beweisen und notfalls auch entgegen der Fraktionsdisziplin einer Grundgesetzänderung ihre Stimmen versagen, denn damit vertreten sie geltende Parteimeinung. Nur mit Zustimmung der SPD-Abgeordneten ist eine Grundgesetz-Änderung überhaupt möglich. Sie haben kein Recht, die Partei in Mitverantwortung für die militaristischen Pläne der Herrschenden hineinzuziehen.

Angela Bankert, Köln  
Jungsozialistin



# Interview mit einem US-Kriegsdienstverweigerer „Die Anti-Kriegsbewegung der 90er wird die der 60er Jahre klein erscheinen lassen“

VORAN sprach mit mit Erik Larsen, Lance Corporal der Reserve des US-Marine Corps aus Kalifornien. Er gehört zu den 19 hier stationierten amerikanischen Soldaten, die sich bisher weigern, zum Golf zu gehen. Er war Redner auf der bundesweiten Demonstration gegen den Golfkrieg am 24.11. in Bonn.

VORAN: Was sind die Gründe für Deine Weigerung, in den Krieg zu ziehen?

E. Larsen: Die Krise im Golf hat sehr wenig damit zu tun, daß Saddam ein Monster ist, sehr wenig damit, den „American way of life“ zu verteidigen. In den letzten 2 Jahren haben die Amerikaner Militärstützpunkte verloren. Durch den Krieg wollen sich neue Basen schaffen. Es reduziert sich alles auf wirtschaftliche Interessen. Der Krieg ist nicht die menschlichen Kosten wert. Es drohen ein Blutbad und der Einsatz von chemischen und atomaren Waffen. Fast 500.000 Soldaten werden am Golf sein, von denen im Kriegsfall mindestens 50.000 in den ersten paar Wochen sterben oder schwer verletzt werden.

Wie siehst Du die Chancen für die Anti-Kriegsbewegung in den USA?

Bush hat nur noch 47% Unterstützung für einen Angriff oder militärische Aktionen. Die öffentliche Unterstützung ist innerhalb eines Monats von 80% auf 47% zurückgegangen. Es gibt viele Probleme: eine Rezession, die USA sind der größte Schuldner der Welt. Es gibt Arbeitslosigkeit, Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswe-

sen, während 30 Millionen Dollar pro Tag für die Golfintervention ausgegeben werden. Die Leute brauchen Arbeitsplätze, nicht den Krieg. Sie wollen ihn nicht.

Welche Unterstützung wird Bush haben, falls der Krieg anfängt? Und was wird in der Armee passieren?

Wenn der Krieg anfängt, wird es eine gewaltige Erhebung geben. Die Friedensbewegung wächst sehr schnell. Sie plant Blockadeaktionen und zivilen Ungehorsam. Die Anti-Kriegsbewegung der 90er wird die der 60er Jahre klein erscheinen lassen.

Deine Verweigerung ist eine individuelle Handlung. Aber wie kann man massenhaften Widerstand organisieren?

Legal kann ich die Frage nicht beantworten, weil es sonst Ärger gibt. Ich würde sagen, daß der beste Weg, den Männern und Frauen in der Armee zu helfen und Bewußtsein zu schaffen darin besteht, vor den Kasernen Flugblätter zu verteilen und Informationsstände zu machen. Die meisten GI's kennen ihre Rechte nicht, ihnen wird Angst gemacht. Wenn sie ihre Rechte kennen würden, täten sie viel mehr.

Danke für das Interview.



US-Soldaten in Deutschland: Der Protest muß auch in die Reihen der US-Armee getragen werden.

VORAN-Broschüre zur Golfkrise  
„Kein Blut für Öl!“

32 Seiten, Preis: 3,50 DM  
Bestellungen über die Redaktion.



## Unser Anti-Kriegsprogramm:

→ Gegen jede Intervention der Westmächte im Nahen Osten (ob unter dem Deckmantel der UNO oder nicht). NATO-Truppen raus aus dem Golf, keine Bundeswehr in die Golfregion oder in die Türkei.

→ „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ – diese alte Parole der SPD muß Leitlinie für die Haltung von SPD und Gewerkschaften sein. Die SPD muß sich gegen eine Grundgesetzänderung stellen, die UNO- oder sonstige Einsätze der Bundeswehr im Golf und anderswo ermöglichen würde. Jede politische und finanzielle Unterstützung der Golfintervention seitens der Kohlregierung muß von der SPD-Bundestagsfraktion entschieden bekämpft werden.

→ Nur durch Massenaktionen – nicht durch individuelle Aktionen – kann der Krieg verhindert oder beendet werden. SPD und Gewerkschaften müssen sowohl eine breite Anti-Kriegsbewegung organisieren und die Bevölkerung über die Heuchelei der UNO und der bürgerlichen Propaganda aufklären, als auch eine Kampagne des kollektiven politischen Widerstand gegen den Golfeinsatz in die Bundeswehr und alle in Deutschland stationierten NATO-Einheiten hineintragen.

→ Für eine Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisierung von Soldaten und ZdLs und Durchsetzung von demokratischen Rechten in Armee und Zivildienst. Als wesentliche demokratische Rechte

müssen durchgesetzt werden: Rede- und Versammlungsfreiheit, Recht auf freie Wahl von unabhängigen Interessenvertretungs-Organen auf allen Ebenen, Wahl der Vorgesetzten durch die Mannschaften, Recht auf heimatnahe Stationierung.

→ Sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte.

→ Die Rüstungskonzerne müssen umgehend in Gemeineigentum überführt werden; Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion bei Arbeitsplatzgarantie unter Kontrolle von Gewerkschaften und Belegschaften.

→ Schluß mit Wirtschaftssanktionen gegen das irakische Volk. Der Sturz von Saddam Hussein darf nicht zur Sache des Imperialismus werden, weil das nur eine neue von den USA gestützte Diktatur bedeuten würde – wie früher in Kuwait und heute in Saudi-Arabien. Die Befreiung der arabischen Massen kann nur das Werk einer organisierten arabischen Arbeiterbewegung sein.

→ SPD und Gewerkschaften müssen ihre Opposition gegen alle Diktaturen und Marionetten-Regimes im Nahen Osten erklären und die arabische Arbeiterbewegung in ihrem Kampf um soziale und demokratische Rechte unterstützen.

→ Für eine Föderation demokratischer und sozialistischer Staaten des Nahen Ostens, die die Rechte aller Völker (einschließlich Kurden, Palästinenser und Israelis) garantiert.

## Wahlnachlese

# Ergebnisse und Perspektiven 8 Jahre Kohl und kein Ende?

Das Ergebnis der ersten gesamtdeutschen Wahlen war eine herbe Niederlage für die SPD und die Linke insgesamt. Zu dem mit 33,5% schlechtesten Abschneiden der SPD bei Bundestagswahlen seit 1957 kommt der Sieg der CDU in Berlin und der Hinauswurf der West-Grünen aus dem Parlament. Ist das der Anfang einer neuen CDU-Ära? Werden die 90er Jahre wieder wieder wie die 50er - mit dem „Wirtschaftswunder“ diesmal in der ehemaligen DDR?

Die Regierungsparteien hatten in ihrem Wahlkampf Rückenwind durch den seit 8 Jahren anhaltenden Wirtschaftsaufschwung, den sie allerdings ebensowenig hervorgerufen haben wie die Revolution in der DDR. Doch der Zusammenbruch des Stalinismus kam ihnen ebenfalls zugute, zumal viele die osteuropäischen Staaten zu Unrecht als „real existierenden Sozialismus“ betrachteten; so schien dort die einzige Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft zusammenzubereiten.

Kohl nutzte die Gunst der Stunde und zog die Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage schnell und zum Teil am Parlament vorbei durch.

Es gab keine grundsätzliche Alternative der SPD zu Kohls Kurs. Lafontaine's Kritik und seine Warnungen wurden von der Bevölkerung sicher nicht ignoriert, aber die Vorschläge zu Steuererhöhungen waren kein Anreiz, SPD zu wählen. Und auch die bescheidenen Reformvorschläge der SPD und die Betonung der ökologischen und sozialen Fragen konnten noch kein Vertrauen schaffen, daß die SPD die anstehenden Probleme auch lösen könnte.

### Niederlage

Jede Beschönigung der SPD-Niederlage ist fehl am Platz. Selbst im Westen blieb die SPD noch unter dem bereits schlechten Ergebnis von Johannes Rau 1987.

Bei den Jungwählern unter 25 Jahren liegt die SPD im Westen mit 38% vor der CDU, im Osten mit 23% hinter der CDU, die jeweils 35% bekommen hat (laut Infas). Das ist für die SPD nur im Westen über dem Durchschnitt, und vor allem ist das Ergebnis schlechter als bei früheren Bundestagswahlen. Lafontaine konnte zwar volle Hallen und Begeisterung der jungen Besucher im Wahlkampf vorweisen. Die Erklärung, daß diese Wahl eben eine „Generationenwahl“ gewesen sei, ist aber nicht haltbar.

Die SPD hat im Westen eine halbe Million Stimmen an die CDU, 420.000 Stimmen an die FDP abgegeben. Hier rächt sich, daß die SPD darauf verzich-

tete, die FDP als „kleine Partei des großen Kapitals“ anzugreifen. So konnte der „Genscher-Effekt“ voll durchschlagen - die FDP wurde als „liberales Gegengewicht“ zu Kohl gewählt.

Für die Menschen, die eine linke Alternative zu CDU und FDP suchten, waren im Westen auch Grüne und PDS nicht anziehend. Die Grünen haben einfach kein klares Bild abgegeben. „Linkswähler“, die überhaupt zur Wahl gegangen sind, haben zum Teil eher SPD gewählt (600.000 Stimmen haben die Grünen an die SPD verloren). Ohne Bundestagsfraktion (d.h. mit 10 Mio. DM im Jahr und 250 Hauptamtlichen weniger) werden die Grünen große Schwierigkeiten bekommen, ihre Partei zusammenzuhalten.

Die PDS hat zumindest im Westen mit ihren 110.000 Stimmen keine mit den Grünen vergleichbare Rolle als linke Protestpartei gespielt, obwohl viele Jugendliche interessiert zu ihren Veranstaltungen kamen. Aber zahlenmäßig hat die PDS im Westen nur die frühere DKP beerben können.

### Orientierungslosigkeit

War das also am 2. Dezember nicht nur eine Niederlage für die Linke, sondern auch eine begeisterte Jubelwahl

für Kohl? Dagegen spricht die niedrigste Wahlbeteiligung der Nachkriegszeit bei dieser „historischen Wahl“. Im Westen ist sie im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1987 um 5, im Osten um 18 Prozentpunkte im Vergleich zu den Volkskammerwahlen im März gesunken.

Außerdem waren laut Umfragen 30% der Wähler bis kurz vor der Wahl unentschieden. Dies ist bezeichnend den Frust und die Orientierungslosigkeit vieler Wähler. Davon war vor allem die SPD betroffen, die 500.000 Stimmen an die Nichtwähler verlor.

Natürlich gab es keinen bewußten massenhaften Wahlboykott, aber Unzufriedenheit und das Bewußtsein, daß „die da oben sowieso machen, was sie wollen.“

### Ostdeutschland

Gerade in Ostdeutschland muß man genauer hinsehen: PDS und SPD haben je eine halbe Million, CDU und DSU eine Million Stimmen an die Nichtwähler verloren.

Die PDS hat vor allem an die SPD verloren. Sie hat sich zwar angesichts der Finanzskandale in der letzten Zeit recht gut gehalten, fraglich ist aber, welche Zukunft sie in Gesamtdeutschland haben wird. Wenn es zu einer Polarisierung zwischen SPD und CDU kommt, läuft sie Gefahr, dazwischen zerrieben zu werden. Aber wegen der besonderen Situation in der ehemaligen DDR hat sie zumindest regional eine Chance zu überleben. Entscheidend hierfür ist jedoch die weitere Politik der SPD. Wenn die SPD weiterhin den Anpassungskurs an Kohl betreibt, Große Koalitionen nicht ausschließt oder sogar aktiv

herbeiführt, dann haben Protestparteien aller Art wieder Konjunktur.

Wenn man die CDU-Ergebnisse im Osten betrachtet, darf man nicht übersehen, daß die Massenarbeitslosigkeit in der Industrie von vielen Arbeitern als unvermeidlich angesehen wird. Welcher Autoarbeiter, der „Trabis“ zusammenbaut, wird selbstbewußt für den Erhalt seines Arbeitsplatzes kämpfen? Gleichzeitig haben die ostdeutschen Arbeiter große Zugeständnisse erreichen können, angefangen vom Umtauschkurs 1:1 bis hin zu bescheidenen Lohnerhöhungen. Kohl war gezwungen, die Folgen der Währungsunion mit enormen Summen abzufedern, um vor der Wahl relative Ruhe zu haben. Vielen Arbeitern geht es dadurch zunächst materiell nicht schlechter als vor einem Jahr, jedenfalls so lange die Mieten niedrig sind. Sie haben harte DM in der Tasche und können sich westliche Konsumgüter kaufen. Problematisch wird es für Kohl, wenn

dehnt. Aber das kann nicht endlos weitergehen (siehe auch unser Kommentar zur Wirtschaft).

Im Laufe des nächsten Jahres wird deutlich werden, daß Kohls Optimismus hohl und die Einheit auf Pump finanziert worden ist. Eine weitere Zunahme von Arbeitslosigkeit und Verzweiflung in Teilen der ehemaligen DDR droht. Zur Finanzierung der „Kosten der Einheit“ wird die Regierung gezwungen sein, in der einen oder anderen Form den Lohnabhängigen in die Taschen zu greifen.

### Stimmungsumschwünge möglich

Es ist nicht so, daß die Unzufriedenheit mit Wohnungsnot, steigender Arbeitshetze und Arbeitslosigkeit verschunden ist. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß in den letzten beiden Jahren die CDU bei allen Landtagswahlen im Durchschnitt 4,5% verloren, die SPD 3,2% gewonnen hatte - trotz man-



Der alte und neue Kanzler: hohler Optimismus und Einheit auf Pump.

das versprochene Wirtschaftswunder ausbleibt und sich Hoffnungslosigkeit breitmacht.

Die 51% Arbeiter, die laut Infas im Osten CDU gewählt haben, verbinden damit hohe Erwartungen. Zum Beispiel die 200.000 Beschäftigten bei der Reichsbahn, die mit 98% für den Streik gegen die Annahme des schwachen Kompromisses gestimmt haben. Viele von ihnen haben sicher trotzdem CDU gewählt.

### Kämpfe entscheidend

Bis jetzt waren die Kämpfe in der ehemaligen DDR allerdings noch vereinzelt, wie beispielsweise der harte Arbeitskampf der Kalibergbauarbeiter in Thüringen. Aber gerade Kämpfe im öffentlichen Dienst können sich auch „grenzübergreifend“ auswirken.

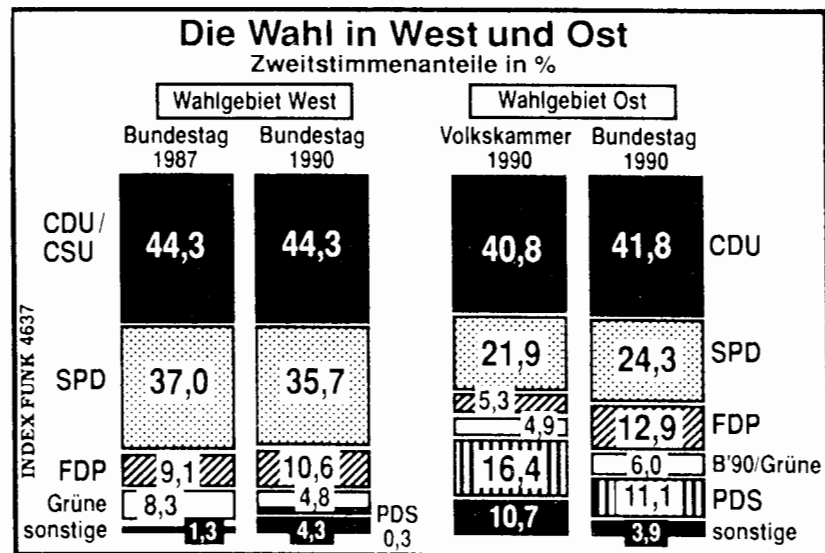
Die Kohl-Regierung hat bisher unter diesem Druck alle Probleme auf die Zeit nach den Wahlen verschoben und die Staatsverschuldung massiv ausge-

gelhafter Oppositionspolitik der SPD.

Damit sich der Rechtstrend bei Wahlen ändert, muß sich jedoch in der Gesellschaft selbst etwas bewegen. In den 80er Jahren gab es auf der Grundlage des Aufschwungs keine großen Kämpfe von Lohnabhängigen - allerdings auch keine großen Niederlagen. Aber in der jetzigen instabilen wirtschaftlichen Situation in Deutschland ist nicht auszuschließen, daß es in den nächsten Monaten und Jahren zu größeren Bewegungen und raschen Stimmungsumschwüngen kommt.

Eine Polarisierung zwischen Lohnabhängigen und Unternehmern wird sich in Gewerkschaften und SPD hineinragen und für frischen Wind sorgen. Nicht allein die Frage, welche Personen an der Spitze der Partei stehen, sondern vor allem die Frage, welches Programm sie vertreten, muß die Haupt Sorge der Parteimitglieder sein. Es ist dringlicher denn je, die SPD sozialistisch zu erneuern.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist



## Nach der Abgeordnetenwahl in Berlin: Nein zur Großen Koalition

Nach dem Bruch der Koalition setzte die Berliner SPD-Führung auf einen absoluten Wahlsieg. Heraus kam die größte Niederlage in der Nachkriegsgeschichte. Nicht die SPD, sondern die CDU hat bewiesen, wie man Wählerstimmen für erdrutschartige Siege mobilisiert. Innerhalb von 22 Monaten hat es der abgehalfterte, in Skandale verwickelte Dieppengeschäft, die CDU von 37,7% auf 49,2% zu bringen. Nur die Ostberliner haben eine absolute CDU-Mehrheit im Abgeordnetenhaus verhindert.

Von 71 Wahlkreisen im Westteil der Stadt konnte die SPD nur noch einen einzigen erobern, und das in der einstigen Hochburg: z.B. 1963 hatte sie 61,9% der Stimmen.

Die Alternative Liste ist mit einem Stimmenrückgang im Westteil um 50% der zweite große Verlierer. Auch die PDS verlor gegenüber der Kommunalwahl im Mai 6,4% in Ost-Berlin.

Einzig erfreulich am Berliner Wahlergebnis ist, daß die Republikaner wieder abgewählt wurden.

Wer ist verantwortlich für die Berliner Wahlschlappe?

### Momper diskreditierte Koalition

Die AL war angetreten mit dem Anspruch, eine Alternative zu bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Politik zu bieten; tatsächlich paßten sie sich immer mehr an. Dies und ihr Koalitions-Hick-Hack bei gleichzeitigem

Eingeständnis, daß es nach der Wahl ohne die SPD nicht geht, konnten ihre Wähler nicht mehr nachvollziehen.

Momper und die SPD-Führung insgesamt versuchen, das Wahldesaster auf das rot-grüne Bündnis zu schieben. Aber wer hat das rot-grüne Bündnis am meisten diskreditiert? Wer war denn dafür, Berlin zur Olympia-Stadt zu machen, anstatt das Geld für soziale Zwecke zu verwenden? Wer hat denn durchgesetzt, daß der Potsdamer Platz an Daimler verschleudert wird. Wer hat denn abgelehnt, daß die Forderungen der streikenden Berliner Erzieherinnen erfüllt werden? Wer hat denn die Berliner Linie erfunden, wonach trotz Wohnungsnot und zehntausenden von leerstehenden Häusern keine Hausbeset-

zung für länger als 24 Stunden geduldet werden darf?

Gerade die Law-und-Order-Politik von SPD-Innensenator Pätzold in den letzten Wochen vor der Wahl hat Wasser auf die Propaganda-Mühlen der CDU gegossen und damit einen Stimmungsumschwung zugunsten der CDU bewirkt.

Damit nicht genug, überläßt Momper der CDU die Initiative für die Senatsbildung, obwohl SPD, Grün-Alternative, Bündnis 90 und PDS zusammen eine Mehrheit an Sitzen im Abgeordnetenhaus haben.

### Linke Mehrheit nutzen

Damit macht sich die SPD nach Brandenburg erneut dafür verantwortlich, daß aus einer linken Mehrheit eine rechte Politik gemacht wird. Eine mögliche SPD-Mehrheit nach der Hessen-Wahl im Bundesrat wird verspielt.

Wenn ein rot-grünes Bündnis ein

„auslaufendes Modell“ ist, wie Momper behauptet, dann ist eine Große Koalition ein Ladenhüter. Sie wäre ein gewaltiger Rückschritt für Berlin und würde eine weitere Demoralisierung der SPD-Mitglied- und Anhängerschaft nach sich ziehen.

Die Mehrheiten links von der CDU in Berlin und Brandenburg müssen jetzt genutzt werden für eine Zusammenarbeit von SPD mit Grünen, Bündnis 90 und PDS. Die Wählerinteressen können nur durchgesetzt werden, indem die SPD einen radikalen Kurswechsel vollzieht und Regierungen mit einem sozialistischen Programm bildet. Mit einer gemeinsamen Offensive SPDgeführter Regierungen in Berlin, Brandenburg und allen anderen Ländern und Kommunen, in denen die SPD eine Mehrheit hat, könnte ein erfolgreicher Kampf gegen die Kohlregierung geführt werden.

Ursel Beck, Stuttgart  
SPD-Mitglied

# Rückblick auf den Wahlkampf SPD ohne klare Alternative

**Das SPD-Wahlergebnis ist derart niederschmetternd, daß man die ganze Politik der letzten Jahre untersuchen muß. Schließlich gibt es einen ständigen Rückgang des Stimmenanteils (1983: 38,2%, 1987: 37,0%, 1990: 35,9% West) - und das in der Opposition. Aber genau hier liegt schon ein Knackpunkt: welche Opposition eigentlich?**

Da lieferte die Kohlregierung in den ganzen acht Jahren mehr als genug Skandale und Pannen und betrieb eine enorme Umverteilung von unten nach oben, da verlor die Union bei einer Reihe von Wahlen immer wieder Stimmen und diskutierte zeitweise offen über Kohls Ablösung - trotz alledem hat die SPD davon kaum profitiert. Die Wähler sind eher ins Lager der Grünen, z.T. sogar der Repts, in Scharen aber ins Lager der Nichtwähler abgewandert.

Kein Wunder: denn Partei- und Fraktionsspitze haben eine lahme, „staatmännische“ Opposition betrieben, und in wichtigen Fragen die Initiative den Grünen überlassen oder sogar mit der Regierung zusammengearbeitet (z.B. Volkszählung, Renten„reform“, Post„reform“). Seit Jahren wird uns jetzt erzählt, dies sei für eine große „Volkspartei“ nötig, die den mysteriösen „Wähler der Mitte“ gewinnen will. Doch wo hat uns diese Politik hingeführt? Von Verbreiterung der Wählerbasis keine Spur, ganz im Gegenteil. So konnte ein Journalist am Wahlabend süffisant fragen: „Ist die SPD überhaupt noch eine Volkspartei, mit nur einem Drittel der Wähler?“

Das Volk besteht zu 80% aus Lohnabhängigen und ihren Familien. Wenn die SPD deren Interessen konsequent vertreten würde, dann wären wir Volkspartei genug. Aber dazu mußte sie sich offensiv mit den Interessen des Kapitals anlegen - beides gleichzeitig geht nicht.

Trauriger Tiefpunkt der angepaßten Strategie der Parteiführung war das Hinterherlaufen hinter Kohls Deutschlandpolitik. Die Partei-Rechten, die in der Bundestagsfraktion und im Apparat immer noch ihre Bastionen haben, bekundeten mehr oder weniger offen ihre Sympathie für Kohls Kurs - sogar mitten im Wahlkampf. Helmut Schmidt wünschte Lafontaine die Niederlage, weil Kohls Politik so gut gewesen sei. Karl Schiller und andere unterstützten offen die Finanzpolitik Waigels. Bei der Abstimmung über den Staatsvertrag im Bundestag stimmten nur 25 SPD-Abgeordnete dagegen.

## Schwenk

Im Grunde hat die Parteiführung in der Deutschland-Politik einen ganz merkwürdigen Schwenk vollzogen: von einem falschen Extrem ins andere. Gegen die frühere Politik der Entspannung und der menschlichen Erleichterungen war natürlich nichts einzuwenden. Wohl aber gegen das SPD/SED-Papier, das nicht von Regierung zu Regierung über konkrete Verbesserungen, sondern von Partei zu Partei ausgehandelt wurde - als ob die SED eine wirk-

liche Partei gewesen wäre und nicht die Organisation der korrupten SED-Bürokratie. Kontakte zu DDR-Oppositionellen, wie sie die Grünen seit langem pflegten, wurden von der SPD-Spitze strikt vermieden. Noch im August 1989 schrieb Karsten Voigt, die SPD „wird auch in Zukunft nicht mit illegalen Kontakten ... in die DDR hineinzuwirken versuchen.“ Sogar die Gründung der SDP in der DDR stieß bei der Parteiführung zunächst auf wenig Gegenliebe.

Dann kam der Schwenk zum Vaterländischen. Derselbe Karsten Voigt trat,

VEBs nicht in wirkliches Volkseigentum mit demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle und Verwaltung überführen will, dann hat man zu einer Politik des Ausverkaufs an westliche Konzerne keine Alternative, wie sie der Treuhand-Chef Rohwedder betreibt (seines Zeichens SPD-Parteibuchinhaber). Dann kommen auch die Lafontainisten zu so einem merkwürdigen Eieranzug, den Staatsvertrag im Bundestag abzulehnen, aber die Bundesratsmehrheit nicht nutzen zu wollen.

De-facto-Zusammenarbeit mit der Kohl-Regierung im Westen und Große Koalition im Osten - da hatte der Wähler nur noch die Wahl zwischen Original und Kopie.

## Ergebnisse im Osten

Die schon seit der Volkskammerwahl miserablen SPD-Ergebnisse im Osten sind nicht einfach nur auf die

beiter und Jugendlichen für die SPD? Warum hat die Partei in allen fünf neuen Ländern zusammen weniger Mitglieder als in einer einzigen westdeutschen Großstadt?

Das liegt an der wenig attraktiven SPD-Politik, vor allem an der Großen Koalition, wo sich die SPD in Mitverantwortung für die Politik von Kohl und de Maiziere begeben hat. Viele Mitglieder in der Ost-SPD waren damit von Anfang an nicht einverstanden. Dies führte dazu, daß etliche die Partei wieder verließen und daß man der PDS die linken Wähler in die Arme trieb.

Eigentlich hätte die SPD eine demokratisch-sozialistische Alternative aufzeigen müssen. Zwar erklärte der Parteivorstand im September 1989: „Sozialismus ist nur lebensfähig, wenn er mit Demokratie verbunden ist. Wir verlangen nicht, daß die DDR den - so verstandenen - Sozialismus aufgibt, son-

selbst mit ins Rollen gebracht und ist über weite Strecken mitgefahren.

In der Schlußphase des Wahlkampfes kam nochmal sowas wie kämpferische Stimmung auf. Oskar Lafontaine begeisterte auf seinen Kundgebungen die meist jungen Zuhörer und rückte Sozialreformen mehr in den Vordergrund (Abrüstung, mehr Kindergeld, Streichung des Anti-Streik-Paragrafen 116, Wiedereinführung des Weihnachtstreikbetrages u.ä.). Aber dies kam reichlich spät und konnte den durch die vorherige Politik angerichteten Schaden nicht mehr wettmachen. Außerdem standen nach wie vor Öko-Steuer und Ergänzungsabgabe im Mittelpunkt, besonders in den Medien.

Natürlich hatte Oskar recht, die Verlogenheit der Kohlregierung in Sachen Staatsverschuldung und rosige Zukunftsaussichten für die Ex-DDR anzugreifen. Doch wenn die Alternative dann lautet: „Wählt uns, wir erhöhen Euch die Steuern“, dann reißt das sicher kaum die Wähler vom Hocker. Erkennen sie doch, daß sie nur die Wahl zwischen zwei Übeln haben: die einen kündigen vor der Wahl Steuererhöhungen an, die anderen erst nachher und taufen sie in „Abgaben“ um. In die Tasche greifen wollen ihm beide.

## Kurswechsel

Stattdessen hätte sich die SPD auf die Fahne schreiben müssen: Rücknahme aller Kohlschen Steuerwohltaten für die Reichen, eine Steuerreform mit hohen Spitzensteuersätzen und eine Kampfansage an die Ölmultis, die Rüstungsindustrie, die Banken, um an deren überreiche Gewinne der letzten Jahre zu gehen. Das wäre eine konsequente Interessenvertretung der Lohnabhängigen gewesen und hätte auch die mittleren Einkommensschichten nicht abgeschreckt, wie dies die Ergänzungsabgabe bewirkte.

Alles in allem also: 8 Jahre vornehme Zurückhaltung in der Opposition, punktuelle bis breite Zusammenarbeit mit der Regierung und Mangel an grundlegenden Alternativen - dafür haben wir jetzt die Quittung erhalten. Ein scharfer Kurswechsel hin zu einer kämpferischen sozialistischen Oppositionspolitik ist ab sofort vonnöten, soll der Verfall nicht weitergehen.

Angela Bankert, Köln  
Jungsozialist



Oskar Lafontaine bei einer Wahlkampfkundgebung: in der Schlußphase nochmal kämpferischer.

nachdem Kohl im November seinen 10-Punkte-Plan im Bundestag vorgestellt hatte, für die SPD ans Rednerpult und kannte plötzlich nur noch Deutsche. Willy Brandt sah alles zusammenwachsen. Hatte man früher keine Berührungspunkte mit Honecker & Co., so wurden jetzt Gysi und die PDS (die sich immerhin gewandelt hat, was immer man sonst von ihr halten mag) geradezu als Hauptfeind bekämpft. Wolfgang Roth und Ingrid Matthäus-Meier entwickelten schon Anfang 1990 wirtschafts- und finanzpolitische Vorstellungen über eine Währungsunion, die sich in nichts von Kohl späterer Politik unterschieden.

Aber auch Oskar Lafontaine und andere hatten bei aller richtigen Kritik an Kohl eigentlich keine grundlegende Alternative anzubieten. Wenn man die Marktwirtschaft für die beste aller denkbaren Welten hält, dann bleibt letztenendes nur noch übrig, sie vielleicht etwas sozialer gestalten zu wollen als Union und FDP. Wenn man die

mangelnde Organisation wegen Neuaufbau der Partei zurückzuführen. Dies mag sicher ein Faktor sein, aber nicht der wichtigste. Schließlich kann man eine schlagkräftige Organisation nicht mit importierten Funktionären, sondern nur mit engagierten Menschen vor Ort aufbauen. Die Frage muß daher lauten: Warum begeistern sich im Osten nur so wenige Menschen, vor allem keine Ar-

den daß sie mit ihm endlich anfängt.“ Doch dies blieb ein Lippenbekenntnis und hatte keine Konsequenzen für die praktische Politik. Wenn jetzt gejammert wird, die SPD sei eben unter den „Zug der Einheit“ geraten, ein besseres Ergebnis sei wegen der „deutschlandpolitischen Großwetterlage“ nicht drin gewesen, so ist dies nur die halbe Wahrheit. Die SPD-Führung hat diesen Zug

# Dafür kämpft VORAN

- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Finanzierung eines massiven staatlichen Programms zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Drastische Abrüstung und weitere Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes auf 9 Monate; Verstaatlichung der Rüstungsindustrie bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung; Umstellung auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion, bei Garantie des Arbeitsplatzes bzw. der vollen Lohnfortzahlung bei Umschulung.
- Sofortiger Stopp von Rüstungsexporten. Weder direkter noch indirekter Einsatz der Bundeswehr außerhalb Deutschlands. Deutschland raus aus der NATO.

- Arbeit für alle statt Massenarbeitslosigkeit. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Statt Alu und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Statt „Tatort-Prinzip“ und faule Kompromisse: ersatzlose Streichung des §218; Kostenlose Familienplanung; 100%ige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im We-

- sten; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staate), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.
- Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.





## Jugend für Sozialismus . . .

### Bildungspolitik

# Schülerpower gegen Bildungs-Klauer

Frankreichs Schüler(innen) haben wieder von sich reden gemacht. Mit Slogans wie „Wir wollen keine Schulfabriken“ und „Nein zur Ghetto-Schule“ zogen Ende Oktober über 100.000 Schüler(innen) durch die Straßen von Paris, um gegen die schlechte Ausbildung und miserable Zustände an vielen Schulen zu demonstrieren. Einen Teilerfolg haben sie zumindest schon erreicht: Die französische Regierung bewilligte zunächst umgehend ca. 1,3 Mrd. DM zur Beseitigung der schlimmsten Mißstände. Auch in Brüssel demonstrierten im letzten November Zehntausende Eltern, Lehrer und Schüler für Verbesserungen. Die belgischen Lehrer streikten wochenlang für höhere Gehälter.

Die letzten großen Schüler(innen)- und Student(innen)streiks zogen sich 1987 - auch damals beginnend mit Frankreich - über ganz Europa: Spanien, GB, Italien, Schweden, Belgien, Griechenland, sogar in Mexiko und China. In der BRD gingen Schüler und Studenten in verschiedenen Städten auf die Straße. Zahlreiche Verschlechterungen im Bildungswesen, Streichung des Schülerbafögs, Pläne zur Schulzeitverkürzung, Abi-Deform hatten das Maß voll gemacht.

Auch heute kommen auf deutsche Schüler keine rosigen Zeiten zu. Die staatliche Verschuldung wird weitere Angriffe und Sparmaßnahmen im Bildungswesen nach sich ziehen. Hinter

dieser Bildungspolitik stecken ganz klar wirtschaftliche Interessen. Man kann sich als Beispiel eigentlich jeden Kahlschlag der CDU-Regierung ansehen.

#### Schulzeitverkürzung

Die Schulzeitverkürzung als jüngstes Beispiel macht es vielleicht besonders gut deutlich. Da wird einfach ein Jahr weggekürzt, was aber nicht heißt, daß wir weniger von dem unnötigen Zeug lernen müssen, das uns in der Schule vorgesetzt wird. Vielmehr fallen interessante Lehrmethoden oder aktuelle Unterrichtsthemen aus. Aktivitäten wie Projekttag, an denen Schüler mit Lehrern gleichberechtigt und projekt-

bezogen eigenständig etwas erarbeiten, fallen unter den Tisch.

SV-Arbeit, die in diesem Schulsystem sowieso begrenzt ist, wird immer schwieriger. In einigen Bundesländern sind die SVen ohnehin noch halb Guerilla-mäßig organisiert.

Schulzeitverkürzung bedeutet einen

man am besten auswendig lernt, was man vorgesetzt bekommt.

Eigene Meinungen sind für Lehrer oft unbequem, was auch damit zusammenhängt, daß aufgrund des hohen Lehralters gegenseitiges Verständnis schwer möglich ist. Ideen und Motivation junger Lehrer, die „frisch von der Uni“ kommen, geraten im tristen Schullalltag schnell unter die Räder. Zusätzlicher Frust kommt natürlich durch geringe Hoffnungen zustande, überhaupt in dem Beruf arbeiten zu können. Denn bekanntlich stehen viele ausgebildete

wird. Ab der zwölften Klasse geht es dann sowieso nur noch um „Punkte sammeln“. Wer sich nicht einfügt, fällt halt durch, nach dem Motto: „50% Verlust sind immer einkalkuliert.“

Um Bildungspolitik im Interesse der Schüler gegen die Interessen der Wirtschaft durchzusetzen, reicht es nicht, bei jeder neuen Beschneidung auf die Straße zu gehen, und danach wieder alles verpuffen zu lassen. Wir müssen einen kontinuierlichen Druck ausüben, und zwar auf allen Ebenen. Durch Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit an Schulen, zusammen mit Gewerkschaften, Lehrern und Eltern. Wir brauchen mehr Rechte für die SVen und darüber hinaus Möglichkeiten der breiteren Information, Einbeziehung und Selbstorganisation der Schüler, z.B. durch die Gründung von Juso-Schülergruppen oder „Schülergewerkschaften“, wo sich Schüler beraten und organisieren kön-



Schüler und Lehrer demonstrieren für ihre Interessen. Schule wird für alle Beteiligten immer unerfreulicher.

### Aktion für schulfreien Samstag

## Mitsprache bei Lehrplan-Entrümpelung

Im Landtag von Baden-Württemberg wird zur Zeit eine heiße Diskussion über die Einführung des schulfreien Samstags geführt. In der von der SPD-Fraktion entfalteten Diskussion wurden drei Möglichkeiten zur Einführung angeboten:

- Verkürzung der Wochenstundentafel;
- Umlegung des Unterrichts auf die Mittagsschule (also auf die anderen 5 Wochentage);
- Verkürzung der Ferien um 2 Wochen.

In Anbetracht dessen stimmten in einer Umfrage des Landeselternbeirats 56,4% der Befragten gegen einen schulfreien Samstag. Die Schüler wurden in unserem ach so demokratischen Schulsystem - wir haben nicht mal eine anerkannte Landesschülervertretung - natürlich wieder nicht gefragt. Diese hätten nämlich für eine Verkürzung der Wochenschulzeit gestimmt. Denn wer mal in Baden-Württemberg in der 11. Klasse war, der weiß, was eine 40-Stunden-Woche bedeutet!

Um die Meinung der Schüler in die Öffentlichkeit zu tragen, führte der Stuttgarter Schülerrat (SSR) eine Aktionswoche durch. Mit einem Flugblatt und einer Info-Aktion informierten wir die Bevölkerung. Durch viele Transpa-

rente und einen Schüler, der symbolisch in einem Bett lag und bis Samstag Mittag ausschlafen konnte, wurden die Forderungen des SSR jedem begreifbar. In der Zeitung des SSR „Meine Vresse“ (dies ist kein Rechtschreibfehler, sondern eine Anspielung auf die Initialen des Kultusministers Mayer-Vorfelder) erklärten wir unsere Forderungen.

Der SSR sieht nämlich im schulfreien Samstag die Chance, das ganze Schulsystem auf effizienteres Lernen umzustellen, z.B. durch fächerübergreifenden oder projektbezogenen Unterricht, den es in Baden-Württemberg nicht einmal versuchsweise gibt. Außerdem sollte der Lehrplan von unnötigem und propagandistischem Unterrichtsstoff entrümpelt werden. Dies sollte von einem Gremium, das aus je 1/4 Eltern-, Lehrer-, Schüler- und Regierungsvertretern besteht, durchgeführt werden. So könnte eine wirkliche Wochenschulzeitverkürzung erreicht werden.

Viele Stuttgarter Eltern, Lehrer und Schüler solidarisierten sich mit dem SSR und seinen Forderungen. Dies ist wichtig, denn der Kampf um einen schulfreien Samstag geht jetzt erst richtig los.

Jan Kanzleiter, Sprecher des Stuttgarter Schülerrats

erschweren Zugang zu qualifizierter Bildung, die Kluft zwischen Gymnasialisten und Real- und Hauptschülern wird immer größer. Die Elite, die damit herangezogen wird, soll die gut ausgebildeten Führungskräfte stellen. Der Großteil der Bevölkerung soll Anweisungen entgegennehmen, ohne zu verstehen, was abgeht. Schule insgesamt erzieht nicht zu Selbstständigkeit und bringt einem eigentlich nur bei, daß

Lehrer immer noch auf der Straße, obwohl z.B. an Berufsschulen wegen Lehrermangel bis zu 50% des Unterrichts ausfallen.

#### Unerfreulich und anonym

Schule wird für alle Beteiligten immer unerfreulicher. Kein Wunder, daß nicht nur im ganzen Umfeld, sondern auch in der Schule alles anonym

nen, ohne Funktionen in der SV zu haben.

Schule ist ein Ort, an dem wir uns 10-13 Jahre unseres Lebens oder länger aufhalten. Wir sollten selbst bestimmen, wie wir diese Zeit am besten und lehrreichsten gestalten und uns nicht von CDU und Wirtschaft vorschreiben lassen, was „gut“ für uns ist.

Daniela Heipel, Kassel Jungsozialistin

### Kassel

## Bundeswehr ins Museum - oder in den Golf?

Unter diesem Motto stand eine Podiumsdiskussion der Juso-AG Kassel-Welheden. Ein Hauptmann der Bundeswehr, unser Bundestagsabgeordneter Horst Peter und Benno Bosmann vom Juso-Unterbezirkkollektiv diskutierten mit den ca. 40 Besuchern.

Im Mittelpunkt stand die Rolle der Bundeswehr. Der Hauptmann erklärte, daß die Bundeswehr unter Kontrolle des Parlaments stehe, und daß man „den Politikern da schon vertrauen“ müßte, daß sie es richtig machen.

Wir Jusos meinten allerdings, daß Kontrolle besser ist, und forderten die Demokratisierung der Strukturen, z.B. durch gewerkschaftliche Organisie-

rung der Soldaten, Wahl der Vorgesetzten durch die Mannschaften.

Zur Sprache kamen auch die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr in innenpolitischen Konflikten ermöglichen. Einer erwähnte das Beispiel Wackersdorf, wo die Bundeswehr für logistische Aufgaben herangezogen wurde. Dies zeigt uns, daß die Armee Teil des Staatsapparates und letztlich Instrument der Herrschenden ist.

Über die Notwendigkeit eines Verbotes von Rüstungsexporten war man sich allgemein einig. Ein Jugendlicher gab jedoch zu bedenken, daß Verbote allein nichts nützen, weil die Unternehmer sie ohnehin - auch heute schon -

umgehen, z.B. durch verbotene Waffenexporte in Krisengebiete über Drittländer. Ein Verbot könnte nur in den Rüstungsbetrieben selbst kontrolliert werden, durch die Beschäftigten und die Gewerkschaft.

MdB Horst Peter erklärte erfreulicherweise, daß mit ihm „eine Änderung des Grundgesetzes für UNO-Einsätze der Bundeswehr nicht zu machen“ sei. Schon beim NATO-Doppelbeschluß unter Helmut Schmidt hatte er zu den 11 Abgeordneten gehört, die ihre Zustimmung entgegen der Fraktionsdisziplin verweigert hatten. Auch bei der Frage des Staatsvertrages mit der DDR, den er als „Kolonialvertrag“ bezeichnet, gehörte er zu den 25 „Abweichlern“ der SPD-Bundestagsfraktion. Wir Jusos müssen in dieser Frage Druck machen, damit es diesmal eine Mehrheit in der Fraktion gegen UNO-Einsätze der Bundeswehr gibt.

Frank Klobes, Kassel, Jungsozialist

### Juso-Schülergruppe Aachen

## Junge Union ohne Argumente

„Nein zum Bundeswehreinsatz am Golf.“ Darüber waren sich über 80 Jugendliche in Aachen einig. Die Juso-Schülergruppe hatte zusammen mit der Juso-AG West zu einer Veranstaltung über die Golfkrise eingeladen. Noch einmal hatten wir die Junge Union eingeladen, obwohl sie sich bisher bei solchen Gelegenheiten sowieso nie blicken ließ.

19 Uhr, Beginn der Veranstaltung, und ca. 25 Leute verlieren sich im viel zu großen Raum. Verständlicherweise sinkt der Mut der Genossen etwas, und alle schluffen lustlos zu den Plätzen. Während Holger von der Juso-Schülergruppe in seiner Einleitung Ursachen

und Zusammenhänge der Golfkrise erklärt, werden es immer mehr Leute. Eine Gruppe von jungen Punks erwischt die letzten Stühle, so daß sich die nächsten mit Stehplätzen begnügen müssen.

Zur großen Überraschung aller ist Dietmar von der Jungen Union aufgetaucht. Er konnte nur erklären, daß das vereinigte Deutschland die Pflicht hätte, im Golfkonflikt präsent zu sein und daß der Einsatz der Bundeswehr außer Frage stehe. Leider hatte er sonst kaum Argumente.

Viele Redebeiträge machten deutlich, daß die Interessen der USA nicht etwa der Demokratie, sondern vielmehr dem Öl gelten. Außerdem wurde

viel über die Rolle der Rüstungsindustrie diskutiert.

Dietmar, der Unterstützung durch einen Herrn im Anzug bekam, sorgte mit seinen Stellungnahmen immer wieder für Gelächter. Natürlich würde er auch in den Golf gehen, er könne sich zwar nicht mit Daimler Benz identifizieren, aber dafür mit Helmut Kohl. Ansonsten bekam er keine Schnitte, sondern viel eher die Wut des Saales zu spüren.

Insgesamt waren über 80 Leute auf dieser Veranstaltung, die Hälfte davon Schüler und drei bis vier Junge Union Sympathisanten. Das hat uns gezeigt, wie viele Jugendliche über das politische Geschehen nachdenken und wir sie für unsere Ideen gewinnen können.

Mirjam Alberti, Aachen Juso-Schülergruppe

# Meine Vresse

Meine Vresse - Das Organ des Stuttgarter Schülerrats

STOPPT MAYER-VORFELDER!!

# Ohne Moos nix los!

## Jugend in Rostock Keinem wird es schlechter gehen...

Schon bisher sah es mit der Freizeitgestaltung in Rostock sehr schlecht aus. Es gab einzeln verstreute FDJ-Jugendclubs, die zwar wenigstens billig waren, dafür aber meist hoffnungslos überfüllt. Dann gibt es zwar noch einzelne Studentencubs, aber da kommt nur als Gast rein (das heißt, wenn man einen Studenten kennt, der einem mit reinnimmt), muß dann noch den doppelten Eintrittspreis bezahlen und mindestens 18 Jahre alt sein.

Im zentralen Rostocker Jugendclubhaus „Mau“ laufen zwar öfter gute Ver-

anstaltungen wie z.B. Konzerte u.ä.. Die Kosten aber pro Veranstaltung 10 DM Eintritt. Das mag sich zwar nicht viel anhören, aber man darf hier auf keinen Fall die finanziellen Unterschiede zum Westen außer Acht lassen. Welcher Schüler, Azubi oder Student kann sich das schon auf die Dauer leisten?

### Jugendclubs schließen

Das sind trübe Aussichten, wenn nur noch Kneipen übrigbleiben. Erst recht, wenn jetzt ein Jugendclub nach dem anderen dichtmacht. In „Mauschel-Aktionen“ werden sie von den jeweils ver-

waltenden Betrieben an irgendwelche Unternehmungen verschachert.

Warum wurde hier von selten des Jugendleiters nichts unternommen? Denn genau das ist unser Meinung nach seine Aufgabe, nämlich Möglichkeiten für die Jugend zu schaffen und nicht dafür zu sorgen, daß immer mehr auf der Straße landen. Deshalb fordern jetzt interessierte Rostocker Jugendliche zusammen mit den Jusos und den Jungen Genoss(inn)en ein selbstverwaltetes Jugendzentrum für Rostock. Unsere Vorstellungen gehen ungefähr in die Richtung, daß es dort z.B. ein Cafe geben soll, vielleicht einen Spielraum und daß natürlich auch Veranstaltungen

laufen sollen (Talkrunden, Konzerte, Discos usw.). Wichtigster Punkt dabei ist aber, daß dort arbeitslose, interessierte Jugendliche eine sinnvolle Beschäftigung finden. Das liebe Geld spielt dabei natürlich auch eine Rolle: Billig soll es nämlich sein, für jeden erschwinglich. Ansonsten könnte man sich das Ganze auch sparen.

### Nichts geschenkt

Obwohl wir natürlich beim Aufbau eines solchen Hauses für die Jugend mithelfen würden, geht es uns jetzt nicht darum, ein Haus zu suchen, es zu besetzen, umzubauen usw., das sehen wir eigentlich nicht ein. Wozu haben

wir eigentlich einen Senator mit Amtsbereich Jugend?

War und ist es denn nicht die CDU/CSU (der unser Jugendminister angehört), die uns versprochen hat, daß es keinem schlechter gehen wird? Zwar haben wir jetzt Bananen, aber mit dem Wohlstand ist es nicht weit her.

Die Tatsache, daß man um solche Sachen betteln muß, ist unserer Meinung nach schon bezeichnend genug. Uns wird nichts geschenkt. Wir Jugendlichen selbst müssen jetzt mehr denn je um unsere ureigensten Rechte kämpfen, bis wir unser Ziel erreicht haben.

**Daniela Wagner, Rostock  
Jungsozialistin**

## Lübeck

# Jugendzentrum erkämpft

Zwei Jahre lang hat unsere Juso-AG zusammen mit dem Antifa-Arbeitskreis Lübeck-Kücknitz für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum im Stadtteil gekämpft. Zwar gibt es in Kücknitz auch städtische Jugendräume; doch dort kann man keine eigenverantwortliche Jugendarbeit betreiben, und außerdem sind sie ein Treffpunkt von Skinheads.

Jetzt hat der städtische Jugendwohlfahrtsausschuß endlich die Mittel für Renovierung (ca. 23.000,- DM) und Miete (ca. 14.000,- DM im Jahr) eines 120 qm großen Ladenlokals bewilligt, damit dort der von uns vor einem Jahr

gegründete Trägerverein „haus e.V.“ ein selbstverwaltetes Jugendzentrum aufbauen kann.

Durchgesetzt werden konnte dies nur, weil wir uns nicht allein auf nervende Verhandlungen mit der Stadt verlassen, sondern sowohl innerhalb der Partei als auch in der Öffentlichkeit massiv Druck gemacht haben. Zahllose Plakate wurden geklebt, Flugblätter verteilt, eine öffentliche Veranstaltung mit Konzert durchgeführt, zu der 150 Jugendliche kamen. Um die Suche nach geeigneten Räumen haben wir uns selbst gekümmert. Wir erhielten die Unterstützung des Juso-Kreisver-

bands, der SPD-Ortsvereine in Kücknitz und auch der Grünen für unser Anliegen.

Nach Abschluß der Renovierungsarbeiten soll das Haus nun zum 1. Mai eröffnet werden. Weil in dem Ladenlokal früher eine Sparkassenfiliale war, sind die Außenfronten mit Panzerglas und Stahltür gut gesichert - da können uns die Skinheads gern „besuchen“ kommen... Aber wir hoffen, auch durch die inhaltliche Arbeit im neuen Jugendzentrum den Kücknitzer Jugendlichen eine Alternative zu bieten und neonazistischen Ideen den Boden zu entziehen.

Unser Erfolg macht hoffentlich auch anderen Jugendlichen Mut, für ihre Interessen zu kämpfen.

**Pucki Wulf, Lübeck  
Juso-AG Kücknitz**

## Kohl-Auftritt in Mainz

# Persönlich die rote Karte gezeigt

Einer der wenigen Wahlkampfauftritte Kohls im Rhein/Main-Gebiet überhaupt fand in Mainz statt. Da Kohl unter freiem Himmel auftrat, nahmen VORAN-Unterstützer aus der Umgebung die Gelegenheit wahr, um ihm persönlich die rote Karte zu zeigen. Wir alle waren hinterher erstaunt, wie stark sozialistische Ideen auch bei einer CDU-Kundgebung Anklang finden können.

Dafür, daß Mainz der Ausgangspunkt von Kohls Karriere war und er Spitzenkandidat auf der CDU-Landes-

liste ist, war die Kundgebung recht schwach besucht. Es waren weder 8000, wie der Süddeutsche Rundfunk berichtete, noch 3500, wie es in der Lokalpresse hieß. Unsere Schätzungen liegen bei 2-3000, von denen rund ein Drittel Kohl-Gegner waren.

Unsere VORAN-Plakate mit der besagten Parole fanden ein starkes Echo, lösten manchmal kleine Rempelen, vor allem aber auch gute Diskussionen aus. Unsere 100 rote Karten, die wir mithatten, waren ausverkauft. Ebenso wurden über 40 Exemplare der VO-

LAN abgesetzt. Adressen mit neuen Interessenten wurden ausgetauscht. Dieser Anklang hat uns gezeigt, daß es nicht wenige gibt, die aktiv gegen Kohl und seine Politik etwas unternehmen wollen.

Gleichzeitig waren wir jedoch die einzigen, die nicht nur mit Pfiffen, sondern mit Argumenten, Fakten und Zahlen der Politik von Kohl und Kapital etwas entgegenzusetzen hatten.

**Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden  
SPD-Mitglied und  
Dirk Bosman, Juso aus Hanau**

## Wir kämpfen für unsere Rechte

► Freie Wahl des Ausbildungsplatzes nach persönlichem Interesse; qualifizierte Ausbildung statt Hilfsarbeiten; garantierte Übernahme im erlernten Beruf.

► Gesamtschule als Regelschule; dabei Integration von beruflicher und allgemeiner Ausbildung; Einstellung aller ausgebildeten Lehrer.

► Kostenfreie Ausbildung; volle Lehr- und Lernmittelfreiheit.

► 35-Stunden-Woche und 7-Stundentag für alle; weitere Arbeitszeitverkürzung nach Bedarf, um Arbeit für alle zu schaffen.

► Darlehensfreie, elternunabhängige Ausbildungsförderung (Bafög) von 600 DM im Monat für Schüler ab 16; 1000 DM Mindestlohn netto für Auszubildende; garantiertes Mindesteinkommen von 1500 DM für jeden als soziale Grundsicherung ab 18.

► Wohnungen für alle bei Miethöhenbegrenzung auf 20% des Nettoeinkommens.

► Selbstverwaltete Jugendzentren in allen Stadtteilen und Gemeinden.

► Billige Rockkonzerte und andere Freizeit- und Kulturangebote der Kommunen als Ersatz für teure

Kommerzspektakel.

► Schluß mit dem Einsatz von Zivildienstleistenden als Billiglohnkräfte; stattdessen Mindestsold von 1500,- DM für Zivis und Soldaten und Schaffung von neuen Stellen im Sozialbereich.

► Verkürzung von Wehr- und Zivildienst auf neun Monate.

► Einführung des Nulltarifes im öffentlichen Verkehr und Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln und Radwegen.

► Kostenlose, leicht zugängliche Verhütungsmittel; Recht auf Abtreibung; weg mit 218.

► Volles Wahlrecht ab 16 Jahren für Ausländer und Deutsche.

► Ebenso wichtig ist der Kampf für den Schutz der Umwelt, für demokratische Rechte, gegen Diskriminierung der Frauen, gegen Rassismus und Faschismus, gegen Rüstungswahnsinn und Ausbeutung der „3. Welt“.

Darum: Macht mit bei den Jusos. Tretet in SPD und Gewerkschaften ein und schafft dort Mehrheiten für eine kämpferische sozialistische Politik. Schluß mit der Herrschaft von Kohl und Kapital - für eine sozialistische Demokratie!

## Stuttgart

# Demo eingekesselt

Letzten Oktober wurde eine friedliche Demonstration von Antifaschisten gegen eine NPD-Veranstaltung in Stuttgart-Ost ohne Vorwarnung von der Polizei eingekesselt. Man zerrte uns einzeln aus dem Kessel heraus; einige wurden in Handschellen gelegt.

Nach und nach wurden wir in die Polizeihauptwacht transportiert. Dort durchsuchte man uns Stück für Stück, und es gab lange keine Klärung der Frage, warum wir überhaupt verhaftet wurden. Allen, sogar den Minderjährigen, wurde ein Telefonat verweigert. Die Personellen wurden aufgenommen und „Starfotos“ geschossen. Einigen von uns, darunter mir, wurde der Gang zum WC bis zu zwei Stunden verweigert. Nach etwa fünf bis sechs Stunden wurde uns das erste Getränk „serviert“. Zwischen 23.30 und 1.00 Uhr nachts

entließ man uns nacheinander aus der Polizeihauptwacht.

Wir verhafteten Antifaschisten wehren uns gegen eine solche Behandlung durch die Polizei. Ein paar Vermummte und ein paar Knallkörper zur Schallerzeugung rechtfertigen diese Behandlung nicht. Wir halten das Eingreifen der Polizei für „legale“ Freiheitsberaubung.

Auf einer Protestkundgebung gegen diese Polizeilaktion forderten Anfang Dezember 400 Teilnehmer, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Alle Verfahren müssen eingestellt, alle Daten und Fotos, die bei der Aktion aufgenommen wurden, müssen vernichtet werden. Wir Antifaschisten lassen uns nicht einschüchtern!

**Goran Hastenteufel, Stuttgart  
Jungsozialist**

## Köln

# Anti-Kriegs-Initiative gegründet

Die Vorbereitungen eines Krieges der USA gegen den Irak rufen unter vielen Jugendlichen Widerstand hervor. Die am 26. November gegründete „Kölner Initiative gegen den Golfkrieg“ findet daher vor allem unter Schülern große Unterstützung.

Ausgangspunkt der Initiative war eine Veranstaltung Kölner VORAN-Unterstützer. 50 Besucher kamen, auch um ihre ablehnende Haltung gegen diesen Krieg für die Profiteure der Ölkonzerne zu dokumentieren. Die Frage tauchte auf: Wie können wir jetzt weiter gegen den Krieg aktiv werden?

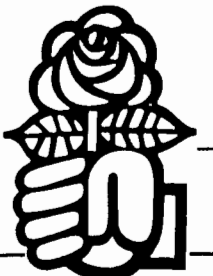
Sofort wurde die Gründung der Initiative in Angriff genommen. Trotz relativ bescheidener Mobilisierung kamen 60 Besucher zur ersten Sitzung. Die Teilnehmer - darunter viele Jungsozialisten, unorganisierte Jugendliche, auch Vertreter verschiedener Organisationen wie Grüne, PDS, Radikale Linke, DFG-VK, palästinensische und irakische Gruppen - einigten sich auf einen kurzen Forderungskatalog als Grundlage der Arbeit. Dabei wurde darauf geachtet, daß weder „Minimalkonsens“ noch Formalkompromisse dabei herauskamen, sondern nur solche Forde-

rungen aufgenommen wurden, die alle mittragen konnten, ohne sich politisch zu verbiegen. Die Initiative will vor allem aktionsorientiert arbeiten.

Im Dezember werden eine Reihe Aktionen gegen den Krieg stattfinden; wenn die USA den Irak angreifen, wird es noch am selben Tag eine Demonstration geben.

**Bruno Hof, Köln, Jungsozialist**

... mach' mit bei den Jusos!



## Marktwirtschaft

# Plan im Interesse von Mensch und Umwelt

Von allen Seiten wird uns der „endgültige“ und „unwiderstehliche“ Sieg der Marktwirtschaft über den „Sozialismus“ propagiert. Auf den angeblichen Segen der Marktwirtschaft hofft die Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Bundesländern vergeblich. Arbeitslosen-, Kurzarbeitsgeld, Subventionsabbau, Abbau von sozialen Schutzrechten, Inflation waren die zweite Rate des Begrüßungsgelds der Marktwirtschaft. Schon die ersten Monate der Einheit zeigen, daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht als die Propheten der Marktwirtschaft vorausgesagt haben.

Die Marktwirtschafts-Befürworter behaupten, auf dem Markt herrsche das freie Spiel der Kräfte; Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.

Doch wo gibt es den freien Markt?

Die Konzerne nutzen ihre Monopolstellung, um die Marktgesetze teilweise außer Kraft zu setzen.

Die Monopolisierung des deutschen Arzneimittelmarkts sichert den Pharmakonzernen der BRD Preise, die dreimal so hoch wie in Italien und doppelt so hoch wie in Frankreich sind. In der Ex-DDR kann die Pharmaindustrie sogar noch höhere Preise verlangen als in der BRD. Warum können Ölkonzerne eine politische Krise nutzen, um Preise zu verlangen, die mit Angebot und Nachfrage nicht zu erklären sind? Warum bezahlte Daimler für den Kauf des Potsdamer Platzes nicht den Marktpreis, sondern lächerliche 1500 Mark pro Quadratmeter?

Die EG-Agrarpolitik ist nichts anderes als die organisierte Außerkräftsetzung der Marktgesetze. Nahrungsmittel werden vernichtet, um die Preise hochzuhalten.

Hier wie in vielen anderen Bereichen hat der Konsument nicht den Vorteil des Preisverfalls durch Überangebot. Großkonzerne können dies verhindern, indem sie bei drohenden Absatzproblemen die Produktion herunterfahren und Kapazitäten brachliegen lassen.

Auch für viele Klein- und Mittelbetriebe gibt es keine „freie Preisbildung“. Wenn sie von Großkonzernen abhängig sind, werden ihnen die Preise diktiert, nach dem Motto: friß oder stirb.

### Einmischung des Staates

Nach der Ideologie der Marktwirtschaft soll sich der Staat möglichst aus der Wirtschaft raushalten. Schon seine

auch noch über eine Milliarde DM Staatsgelder. Gleichzeitig führte die Bundespost 1989 5,7 Milliarden an das Finanzministerium ab. Kein einziger Großkonzern bezahlt auch nur annähernd so viel Steuern.

Privatinitiative statt Staatswirtschaft soll das Erfolgsrezept der Marktwirtschaft sein. Doch wo bleibt die Privatinitiative in der Ex-DDR. „Staat, geh' Du voran“ ist die Devise der westdeutschen Privatunternehmer.

**In der Ex-DDR, wo es angeblich um marktwirtschaftliche Pionierarbeit geht, unternehmen die Unternehmer nichts. Wenn investiert wird, dann um eine schnelle Mark zu machen, und nicht, um ein modernes Produktionspotential aufzubauen.**

Die Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland ist also stillschweigend zur Staatssache erklärt worden. Die Banken, Versicherungen und Konzerne leihen ihm dafür gerne das Geld. Natürlich muß eine ordentliche Rendite dabei herauspringen. Die westdeutschen Banken kassieren 1990 allein 73 Milliarden Mark an Zinsen für Staatsverschuldung. Und die Staatsverschuldung wird durch höhere Steuern oder Abgaben auf die kleinen Steuerzahler abgewälzt.

### Subventionen

Die gleichen Unternehmer, die der Planwirtschaft in der DDR vorwarfen, daß sie Nahrungsmittel, Mieten und Kinderkleidung subventionierte,

nen Rechnungen über Hermes-Bürgschaften des Bundes bezahlen zu lassen.

Subventionen gibt es für die Landwirtschaft und im Bergbau. Die Atommafia hat sich ihre Forschung staatlich subventionieren lassen. Die Rüstungsindustrie hängt ohnehin am Staat als Auftraggeber. Sofern also Gewinne

Selbst in der Ex-DDR, wo es angeblich um marktwirtschaftliche Pionierarbeit geht, unternehmen die Unternehmer nichts. Wenn investiert wird, dann um eine schnelle Mark zu machen, aber nicht, um ein modernes Produktionspotential aufzubauen.

Vom Unternehmer-Risiko wollen sie nichts wissen. Die Altschulden aller

schwendung gehen in diese einzelbetriebliche Rechnung nicht ein; sie werden auf die Allgemeinheit abgewälzt.

Außerdem werden auf der Jagd nach Marktanteilen durch jeden einzelnen Konkurrenten insgesamt Überkapazitäten aufgebaut. Mit schöner Regelmäßigkeit kommt es zu dem Punkt, wo die Nachfrage mit den Produktionsmög-



**Blüm ins Stammbuch: Wenn die 3,5 Millionen Arbeitslosen Deutschlands in den Arbeitsprozeß eingegliedert würden, hätte die Gesellschaft 200 Milliarden DM mehr zum Verteilen, z.B. für Umweltsanierung, Kindertagesstätten, öffentlichen Nahverkehr, Gesundheitswesen...**

subventioniert werden, ist offenbar nichts dagegen einzuwenden. Soziale Bedürfnisse sollen dagegen Spielball der Marktkräfte sein.

### Investitionen

„Geht es den Unternehmern gut, geht es auch den Arbeitern gut. Denn die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“, so lautet die marktwirtschaftliche Lehrbuchweisheit.

In den Anfängen des Kapitalismus konnten die Unternehmer darauf verweisen, daß sie etwas unternommen haben. Teilweise waren sie selbst Erfinder, haben Unternehmen geleitet und vor allem einen großen Teil des (aus den Arbeitern herausgepressten) Gewinns wieder investiert.

Doch diese Zeiten sind lange vorbei. Die Mehrheit der heutigen Kapitalisten ist meilenweit entfernt von Produktionstechnik und Unternehmensleitung. Sie kassieren Dividenden und lassen ihre Betriebe von Managern leiten. Schon allein deshalb sind sie überflüssig.

Aber vor allem müßte man die Unternehmer in Unterlasser umbenennen. Denn sie unterlassen es, den größten Teil der Gewinne wieder zu investieren. Damit ist ihnen die letzte Daseinsberechtigung genommen.

1988 wurde nur noch 27% der erwirtschafteten Gewinne reinvestiert. Konzerne wie Bayer, Siemens, VEBA, VW, Deutsche Bank oder BASF haben jeweils weit über 10 Milliarden Mark gehortet. Die Privatindustrie hat insgesamt 1.300 Milliarden Mark (Handelsblatt vom 14.11.89) auf der hohen Kante. Statt zu investieren, wird Kapital zinsgünstig angelegt oder damit an den Börsen spekuliert. Gleichzeitig ist kein Geld für gesellschaftlich notwendige Maßnahmen wie Umweltsanierung, Kitas, Krankenhäuser, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs da.

übernommenen DDR-Betriebe wurden dem Staat aufgehalst. Das gleiche gilt für die Sanierung von Umweltafalten. Die Unternehmer haben nichts gegen Verstaatlichung, wenn es um Verluste oder um das Unternehmerrisiko geht.

### Widersprüche der Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft, sprich: die kapitalistische Wirtschaft, ist unfähig, knappe Ressourcen vernünftig zu verteilen. Sie ist ein System, das geradezu auf Verschwendung, Verschleiß-Produktion usw. angelegt ist, geht es doch in erster Linie um den Absatz möglichst vieler Waren. Triebfeder der Marktwirtschaft ist das Einstreichen möglichst hoher Profite. In diesem Ziel konkurriert jeder gegen jeden. Wirtschaftliche Entscheidungen werden nach Profitgesichtspunkten des einzelnen Betriebes gefällt, egal ob sie gesamtwirtschaftlich vernünftig sind.

**Auch im Kapitalismus wird geplant. Großbetriebe haben eine langfristige Investitionsplanung. Über Marktforschung werden mögliche Marktanteile festgestellt und gehen als Zielgröße in die Produktionspläne ein. Die arbeitsteilige Produktion erfordert eine genaue Planung und Koordination der einzelnen Produktionsabschnitte, bei Multis oft über Ländergrenzen hinweg.**

Für den Autokonzern ist es profitabel, möglichst viele Autos seiner Marke abzusetzen. Die gesamtwirtschaftlichen Folgekosten für Umweltzerstörung, Verkehrsunfälle, Energiever-

lichkeiten nicht Schritt halten kann. Folge: Abbau von Produktionskapazitäten, Betriebsschließungen, Massenentlassungen.

Nicht mal im Aufschwung wird die vorhandene Arbeitskraft genutzt. Die 25 Millionen Arbeitslosen in den kapitalistischen Industriestaaten könnten jährlich soviel produzieren wie die BRD-Wirtschaft, nämlich Güter und Leistungen im Wert von 2237 Milliarden Mark.

### Plan oder Markt

Die Marktwirtschaftler tun so, als ob Planung in der Wirtschaft grundsätzlich von Übel sei. Doch tatsächlich wird auch im Kapitalismus geplant.

Großbetriebe haben eine langfristige Investitionsplanung. Über Marktforschung werden mögliche Marktanteile festgestellt und gehen als Zielgröße in die Produktionspläne ein. Die arbeitsteilige Produktion erfordert eine genaue Planung und Koordination der einzelnen Produktionsabschnitte, bei Multis oft über Ländergrenzen hinweg.

Doch diese Planung geschieht nur auf den einzelnen Betrieb bezogen und unter Profitgesichtspunkten. Deswegen können die Konzerne selbst mit der besten einzelbetrieblichen Planung das Chaos in der Wirtschaft nicht ausschalten.

Auch auf staatlicher Ebene findet Planung statt. Niemand wird bestreiten, daß Bebauungspläne, Flächennutzungspläne, Haushaltspläne, Krankenhausbedarfspläne nötig sind. Das staatliche Eingreifen in vielen Bereichen ist ein stillschweigendes Eingeständnis dessen, daß der Markt nicht alles regeln kann, insbesondere dann nicht, wenn es um soziale Dienstleistungen geht, die keinen oder wenig Profit abwerfen.

Doch die staatliche Tätigkeit im Rahmen einer kapitalistischen Marktwirtschaft hat ihre Grenzen. Denn der Staat hat nur wenig Einfluß auf wirtschaftl-



**Warenüberfluß einerseits – aber nur begrenzte Kaufkraft der Verbraucher andererseits – ein Widerspruch der Marktwirtschaft.**

Kontrolle über Post und Bahn (oder besser gesagt: über die profitablen Bereiche von Post und Bahn) gehen ihnen zu weit. Ironischerweise ist die Post das Unternehmen, das mit Abstand am meisten in der Ex-DDR investiert: 55 Milliarden bis 1997. VW, der größte Privatanleger dort, investiert nicht mal 10% dieser Summe und bekommt dafür

schreien nach Subventionen, wenn es um ihre Profite geht. So läßt sich der Daimlerkonzern Dollarkurs-Schwankungen im Albusgeschäft subventionieren. 1989 kassierte der Konzern allein dafür 100 Millionen Mark, 1990 werden es voraussichtlich 300 Millionen. Die deutschen Waffenlieferanten des Irak haben keine Skrupel, ihre offe-



# Planwirtschaft

che Entwicklungen. Allein der Umsatz der 5 größten deutschen Konzerne ist so hoch wie der gesamte Bundeshaushalt. Eine Entscheidung in den Chefetagen dieser Konzerne hat größere Konsequenzen für die Wirtschaft als eine Maßnahme eines Ministeriums. Gleichzeitig sind staatliche Ausgabenplanungen abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein Prozent weniger Wirtschaftswachstum bedeutet 1990 6 Milliarden weniger Steuereinnahmen. Das heißt weniger Geld für Staatsausgaben. So entstehen immer neue Löcher in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden, die gestopft werden müssen durch Steuererhöhungen, Kürzungen oder neue Kredite, die die Haushalte mit Zinsen belasten.

Im Grunde geht es also nicht darum, ob Planung sinnvoll ist oder nicht, sondern darum, wer in wessen Interesse plant. In der kapitalistischen Marktwirtschaft findet Planung im Einzelbetrieb zugunsten der Profitsteigerung, staatliche Planung zugunsten der Interessen der Privatwirtschaft statt.

## Planung im Interesse der Mehrheit

Was demgegenüber durchgesetzt werden muß, ist wirtschaftliche Planung zugunsten der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und der Umwelt. Dies geht nur, wenn das Geschehen in Wirtschaft und Staat umfassend und demokratisch kontrolliert wird. Kontrollieren kann man aber nur, was einem gehört. Deswegen setzt demokratische Wirtschaftsplanung das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln voraus.

Die Kritiker der Planwirtschaft werfen ein, daß Planwirtschaft immer zu Bürokratisierung und Diktatur führe, daß die Motivation des Einzelnen erstickt werde und daß es unmöglich sei, die Fülle der Konsumentenwünsche durch einen Plan zu erfassen und zu befriedigen.

Zunächst: Planwirtschaft oder Marktwirtschaft entscheidet nicht über Diktatur oder Demokratie. Eine Planwirtschaft kann demokratisch sein oder diktatorisch, so wie eine Marktwirtschaft mit parlamentarischer Demokratie oder mit Militärdiktatur einhergehen kann.

**Planwirtschaft oder Marktwirtschaft entscheidet nicht über Diktatur oder Demokratie. Eine Planwirtschaft kann demokratisch sein oder diktatorisch, so wie eine Marktwirtschaft mit parlamentarischer Demokratie oder mit Militärdiktatur einhergehen kann.**

Auch wenn die Bürgerlichen gern Marktwirtschaft und Demokratie in einem Atemzug nennen, so ist doch Tatsache, daß es in zahlreichen marktwirtschaftlich verfaßten Ländern Diktaturen gab und gibt (Lateinamerika, in früheren Jahren in Griechenland, Portugal, Türkei, Spanien, Deutschland unterm Fachismus). Man kann sogar sagen, daß Marktwirtschaft ganz gut ohne Demokratie auskommen kann. Wenn Gewerkschaften und Opposition unterdrückt sind, lassen sich umso ungehinderter Profite erzielen, funktioniert die Marktwirtschaft weiter nach ihren Gesetzen.

## Demokratische Strukturen

Planwirtschaft dagegen braucht Demokratie, wenn sie funktionieren soll. Wenn der Konkurrenz- und Profitmechanismus für einen Großteil der Wirtschaft ausgeschaltet ist, damit entsprechend den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt gewirtschaftet werden kann, dann muß unbedingt ein anderer „Mechanismus“ her, um Effizienz und Produktivität zu gewährleisten. Dieser Mechanismus kann nur die demokratische Kontrolle der Produzenten selbst sein.

Eine demokratisch geplante Wirtschaft wird Leistung weder am Parteibuch noch an der Unterwürfigkeit ge-

genüber Vorgesetzten messen, weder Atomkraftwerke bauen, noch Jäger '90 entwickeln und wohl auch keine Trabis produzieren.

Die Wirtschaftsziele würden vielmehr durch demokratische Willensbildung von unten nach oben gesellschaftlich festgelegt.

Auf allen Ebenen in der Gesellschaft (im Betrieb, in jeder Branche, auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene) würden Diskussionen geführt um eine Wirtschaftsorganisation im besten Interesse von Mensch und Umwelt.

schnittlicher Bezahlung überhaupt jemand finden, der verantwortlich Funktionen übernehmen will?

Natürlich würden sich nicht solche Leute dazu bereit erklären, die nur auf Posten und Privilegien aus sind. Wenn derartige Karriere-Aussichten nicht winken, dann würden sich wohl nur solche Bewerber finden, die bereit sind, sich für die Allgemeinheit einzusetzen. Und das wäre gut so.

In Gewerkschaften, Parteien, Bürgerinitiativen usw. gibt es zehntausende ehrenamtliche Helfer.

Durch demokratische Mitwirkung der Produzenten, Rechenschaftslegung und Kritik kann die schöpferische Initiative des Einzelnen freigesetzt werden. Alle gesellschaftlich sinnvollen technischen Möglichkeiten und Erfindungen, die heute von den Monopolen zum Teil zurückgehalten werden, könnten eingesetzt werden, um die Produktivität anzuheben und die Lebensdauer von Gütern zu verlängern.

Das heutige technische Potential bietet ungeheure Möglichkeiten, die Arbeit zu rationalisieren zugunsten einer

seine Vorschläge einbringen kann, dann wird auch seine Motivation hoch sein.

Es geht also nicht darum, daß für den Sozialismus erst der „neue Mensch“ ohne Egoismus geschaffen werden müsse, sondern darum, wer seinen Egoismus bzw. seine Interessen durchsetzen kann: die Minderheit von Kapitaleignern oder privilegierten Bürokraten - oder die Masse der Produzenten und Konsumenten.

## Ermittlung von Bedürfnissen

Aber wie kann die Fülle der Konsumentenwünsche ermittelt werden?

Wenn jeder einzelne kapitalistische Betrieb seinen Markt erforschen und sich flexibel anpassen kann, warum soll dies nicht auch gesamtwirtschaftlich möglich sein. Wir können so komplizierte Operationen wie Raumfahrt-Unternehmen planen und berechnen. Warum sollen wir nicht millionenfache Konsumentenwünsche und Wirtschaftsdaten verarbeiten können. Moderne Computertechnologien und Erkenntnisse aus Statistik und Demoskopie sind hervorragende Mittel zur Bedürfnisermittlung.

Die Grundbedürfnisse eines Menschen ändern sich nicht täglich, sondern können einigermaßen genau eingeschätzt werden. Schwankungen und Neuerungen bei den Verbraucherwünschen können flexibel aufgegriffen und umgesetzt werden. Ein demokratisch aufgestellter Plan ist keine genormte Zwangsjacke, sondern eine Arbeitshypothese, die jederzeit veränderbar ist und angepaßt werden kann.

**Die Motivation des Einzelnen wird letztlich dadurch bestimmt, ob sich Leistung für ihn lohnt. Wenn sich seine Leistung in steigender Lebensqualität und sinkender Arbeitszeit niederschlägt, wenn er demokratisch am Wirtschaftsgeschehen mitwirken und seine Vorschläge einbringen kann, dann wird auch seine Motivation hoch sein.**

Im Übrigen krankte das System in der DDR nicht daran, daß der Mangel an Waren nicht erkannt worden wäre. Bei Wartezeiten von 12-16 Jahren für ein Auto lag selbst für den blindesten Bürokraten auch ohne Computer auf der Hand, daß hier offensichtlich unbefriedigte Verbraucherwünsche vorhanden waren. Das Problem war nicht so sehr die Bedürfnisermittlung, sondern die mangelnde Produktivität der Wirtschaft, bedingt durch die bürokratischen Kommando-Methoden.

## Neue Qualität

Durch Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Aufbau demokratischer Strukturen kann das System einzelbetrieblicher Planung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gehoben und so eine völlig neue Qualität des Planens erreicht werden.

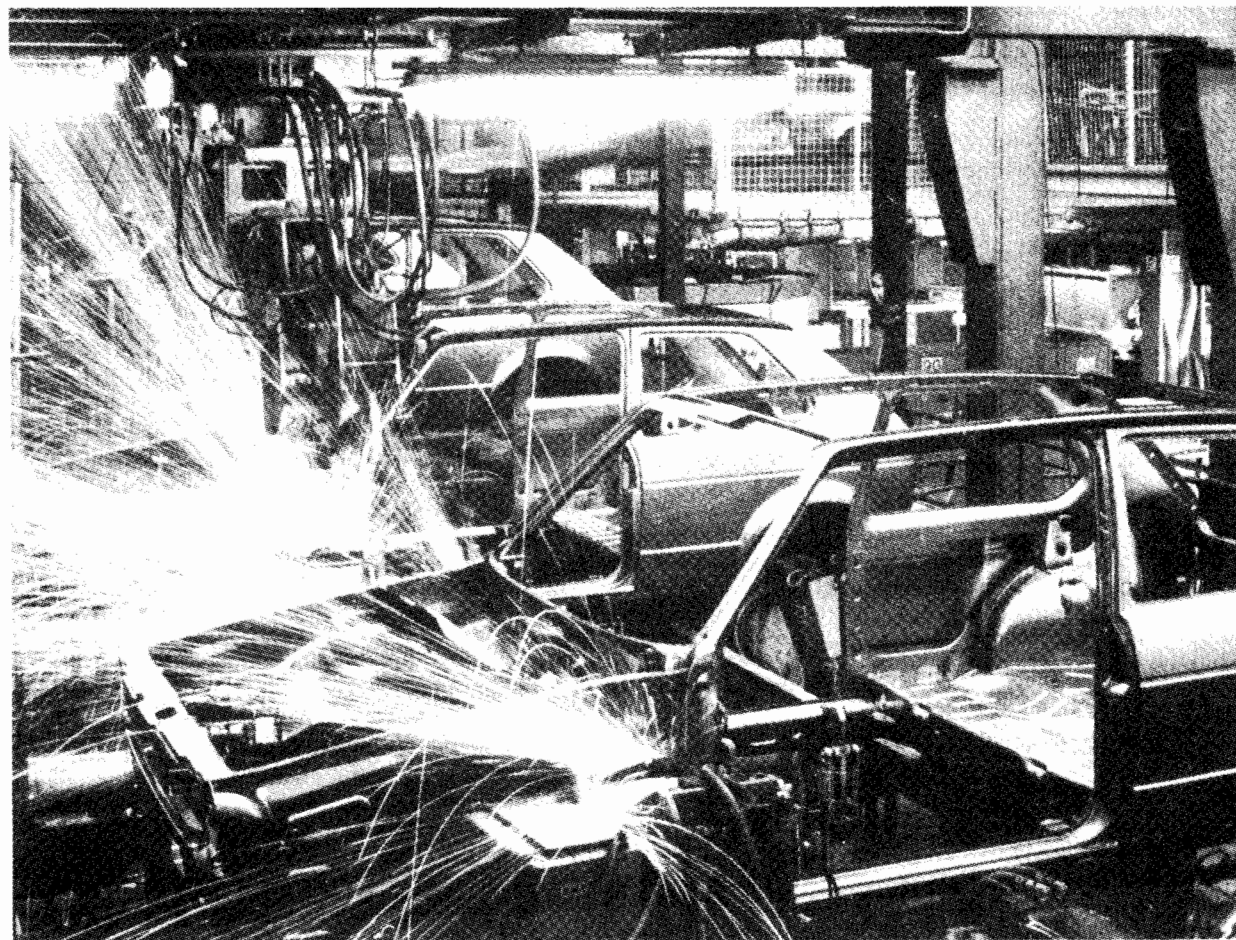
Auf nationaler und internationaler Ebene können demokratisch Produktionsziele festgelegt und planmäßig umgesetzt werden. Bekämpfung von Hunger, Obdachlosigkeit, Krankheiten und Umweltzerstörung wären die ersten Prioritäten, die sich eine sozialistische Gesellschaft zum Ziel stecken kann.

Eine demokratisch geplante Wirtschaft kann Bedürfnisse besser befriedigen als die Marktwirtschaft, weil ihr Ziel nicht die Profitmaximierung ist, sondern die Deckung des Bedarfs mit möglichst wenig Arbeitskraft, ohne Umweltzerstörung und Verschwendung von Ressourcen. Sie ist eine praktische Schlußfolgerung aus der Unfähigkeit von Kapitalismus und Stalinismus, die Produktivkräfte und die Menschheit insgesamt weiterzuentwickeln.

Ursel Beck, Stuttgart  
SPD-Mitglied



Automatisierung und Computerisierung in Produktion und Verwaltung: bei demokratischer Planung könnte der Chip Arbeitszeitverkürzer statt Jobkiller sein.



Die Leitungs- und Entscheidungsgremien in Wirtschaft und Staat würden demokratisch gewählt werden. Funktionäre müssen rechenschaftspflichtig, wählbar und jederzeit abwählbar sein. Sie dürfen nicht mehr verdienen als der Durchschnitt der arbeitenden Bevölkerung. Das ist die beste Garantie dafür, daß sie sich nicht verselbständigen.

In der kapitalistischen Marktwirtschaft wählen die Kapitaleigner ihre Manager nach dem Gesichtspunkt aus, ob sie das Kapital am geschicktesten vermehren. Taugen sie nichts oder betrügen sie den Eigentümer, werden sie gefeuert. In der demokratischen Planwirtschaft wählen die Arbeitenden ihre Verwalter unter dem Gesichtspunkt aus, ob sie ihre und die Interessen der Allgemeinheit am besten vertreten. Sind sie unfähig oder korrupt, können sie auch wieder abgewählt werden. Aber würde sich bei nur durch-

Ganz zu schweigen davon, daß sie dafür bezahlt würden, bringen sie oft große Opfer an Zeit und Geld, um für ihre Sache einzutreten. Viele Arbeitnehmer machen sich auch nach Feierabend - ohne Bezahlung - noch Gedanken über ihre Arbeit und wie sie am besten verrichtet werden kann. Es gibt genug qualifizierte und engagierte Menschen, die gegen normale Bezahlung Leitungsfunktionen wahrnehmen können.

## Motivation des Einzelnen

Natürlich würde nicht alles von Anfang an reibungslos funktionieren. Fehler sind unvermeidbar. Aber während in der Marktwirtschaft wie in der bürokratischen Planwirtschaft die Produzenten und Konsumenten Fehlentscheidungen ausbaden müssen, ohne Einfluß nehmen zu können, sind in einer demokratischen Planwirtschaft die Fehler von den Betroffenen leicht und schnell korrigierbar.

30-, 25- oder 20-Stunden-Woche. Der Mikrochip wäre nicht mehr Jobkiller, sondern Arbeitszeitverkürzer.

Wissenschaft und Forschung könnten zur Entwicklung umweltschonender Energien und Produktionsformen eingesetzt werden.

Wenn die 3,5 Millionen Arbeitslosen Deutschlands in den Produktionsprozess eingegliedert würden, hätte die Gesellschaft 200 Milliarden Mark mehr zum Verteilen: für Umweltinvestitionen, Kitas, Bildung, Wohnungsbau, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, des Gesundheitswesens, usw.

Höhere Produktivität und qualitatives Wachstum wären möglich.

Die Motivation des Einzelnen wird letztlich dadurch bestimmt, ob sich Leistung für ihn lohnt. Wenn sich seine Leistung in steigender Lebensqualität und sinkender Arbeitszeit niederschlägt, wenn er demokratisch am Wirtschaftsgeschehen mitwirken und



## Internationales

### Japan

# Die Zeitbombe tickt

**Der drastische Verfall der Aktienkurse an der Tokioter Börse seit Anfang 1990 hat weltweit Besorgnis ausgelöst. Tatsächlich lauert hinter der Börsenkrise ein noch viel größeres Problem: die astronomischen Bodenpreise. Wenn sie nicht sinken, drohen soziale Explosionen. Wenn sie sinken, droht ein Zusammenbruch des Finanzsystems.**

Japan umfaßt nur 0,3% der Weltlandmasse, aber dieser kleine Flecken ist um 50% teurer als die gesamte übrige Landfläche der Erde zusammengenommen. Von 1955 bis 1989 haben sich die Immobilienpreise um das 128fache erhöht. In vornehmen Gegenden von Tokio gibt es Grundstückspreise von über 500.000 DM (pro Quadratmeter!). Wie kommt es zu diesen Wahnsinnspreisen?

Die Grundstückspreise in Japan waren auch früher schon extrem hoch, aber seit 1987 sind sie explodiert: Dementsprechend erklärte sich die japanische Regierung auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig bereit, durch ein Investitionsprogramm von umgerechnet 78 Mrd. DM die Wirtschaft anzukurbeln. Diese Ankündigung führte zu einem wilden Bauboom. In einem einzigen Jahr verdoppelten sich die Immobilienpreise nochmals. Und noch im ersten Halbjahr 1990 stiegen sie um offiziell 14% (tatsächlich wahrscheinlich mehr).

### Aktien- und Immobilienboom

Da die japanischen Großkonzerne zugleich Großgrundbesitzer sind (der Stahlkonzern Nippon Kokan z.B. besitzt 25,6 Mio. qm Land), stieg das Ver-



**Altersarmut in Japan: Der Traum vom Eigenheim, das oft zur Alterssicherung gebraucht wird, ist für viele Japaner passé.**

mögen der Konzerne drastisch an, ohne daß die Manager einen Finger dafür krümmen mußten. Das war die Grundlage des Aktienbooms bis Ende 1989. Auf dem Papier entstanden riesige Mengen von Kapital. Allein 1987 betrug

der „Wert“zuwachs der Aktien und Immobilien umgerechnet 6400 Mrd. DM.

Diese wundersame Geldvermehrung mußte irgendwann einmal ins Stocken geraten. Die Spekulation begann die Produktion abzuwürgen – weil die fiktiven Profite aus der Spekulation deutlich höher als die industriellen Profite sind.

Seit 1988 sind die Zuwachsraten rückläufig, unter anderem auch weil das langsamere Wachstum der Weltwirtschaft seit 1988 die japanischen Exporte erschwert. Das Bruttosozialprodukt wuchs 1988 um 5,7%, 1989 um 4,9%, für 1990 werden nur noch 4%, für 1991 3,5% erwartet. Dies wäre der niedrigste Wert seit der weltweiten Rezession Anfang der 80er Jahre.

### Soziale Folgen

Der Anstieg der Immobilienpreise führte zu sozialen Spannungen. Er zerstört Millionen Japanern den Traum vom Eigenheim, das häufig als Alterssicherung benötigt wird. Außerdem treibt er die Mieten in die Höhe und erzeugt eine noch viel schlimmere Wohnungsmisere als bei uns: Ein Fall wurde bekannt, bei dem wegen einer einzigen Sozialwohnung 8285 Interessenten auf der Matte standen. Die Konzerne werben oft ihre Arbeitskräfte nicht, indem sie hohe Löhne, sondern niedrige Mieten anbieten.

Die Bodenpreise behindern auch die Modernisierung der Infrastruktur, die in Japan in manchen Bereichen noch fast auf „Dritte-Welt-Niveau“ ist: Nur 40% der Gebäude haben Kanalisation, 66% der Straßen sind asphaltiert. Aber 70% der öffentlichen Investitionen für Infrastruktur gehen für den Grundstückskauf drauf.

Um den Preisanstieg zu stoppen, hat die japanische Notenbank die Zinsen von 2,5% (Mai 89) auf 6% angehoben. Das hat bisher nur zum Verfall der Aktienkurse beigetragen und die Konjunktur weiter gedrosselt, aber noch keine Auswirkungen auf den Immobilienmarkt gehabt. Die Kombination von steigenden Zinsen und fallenden Kursen hat vielmehr die Banken in Schwierigkeiten gebracht, so daß sie sich sogar bei der Industrie zu hohen Zinsen Geld leihen mußten, anstatt umgekehrt. Die Immobilienspekulation ist auch deshalb schwer zu stoppen, weil führende Politiker der konservativen Regierungspartei LDP selbst Spekulanten sind.

Zur Zeit berät die Regierung über eine wesentlich drastischere Maßnahme, nämlich „das gefährlichste Steuerexpe-

riment der japanischen Nachkriegsgeschichte“ (Wirtschaftswoche, 44/90): Es soll eine Grundbesitzsteuer von 0,5–1% eingeführt und zusätzlich die Erbschafts- und Kapitalgewinnsteuern erhöht werden.

Die Folge wären massive Grundstücksverkäufe, um Steuern zu sparen. Die Grundstückspreise würden sinken. Die Mitsui-Bank, die zweitgrößte Bank Japans, rechnet mit einem Preisrückgang von 23% im ersten Jahr. Das wären Wertverluste von 460 Billionen Yen. (Zum Vergleich: der Kursturz an der Börse hat 1990 „nur“ 250 Billionen Yen vernichtet.) Die Folge wären weitere Er-



**Geschäftsstraße in Tokio: Die Bodenpreise dieser Stadt sind mehr wert als der gesamte Grund und Boden der USA.**

schütterungen an der Börse und eine schwere Bankenkrise. Angesichts dieser Gefahren ist es keineswegs sicher, daß die Regierungspläne verwirklicht werden.

### Destabilisierung

Aber die Alternative wäre eine Destabilisierung der Gesellschaft durch die astronomischen Bodenpreise in einer Zeit, da andere destabilisierende Faktoren dazukommen. Japan wird von den westlichen Unternehmern oft als Vorbild gefeiert wegen der Treue der Beschäftigten zu ihrer Firma und ihrer Aufopferungsbereitschaft.

Tatsächlich gibt es in den Großbetrieben eine Arbeiteraristokratie von Stamarbeitern, die üblicherweise ihr ganzes Leben in einer Firma verbringen. Diese Leute sind oft tatsächlich bereit, unbezahlte Überstunden zu machen, auf Urlaub zu verzichten etc., weil sie dadurch aufsteigen können. Sie wählen oft die LDP, wenn der Chef das empfiehlt (was üblich ist). Aber erstens

betraf das immer nur einen Teil der Beschäftigten, und zweitens werden diese „idyllischen“ Verhältnisse allmählich ausgehöhlt. Die Zahl der Beschäftigten steigt nicht mehr so schnell wie noch in den 60er Jahren. Dadurch droht eine Überalterung.

Die Unternehmen reagieren darauf, indem sie statt einer Bezahlung nach Dienstalter eine „leistungsorientierte“ Entlohnung einführen. Die „Einsatzbereitschaft“ entscheidet also nicht mehr nur über Karriere, sondern auch über die normale Bezahlung. Der Druck im Betrieb wird dadurch enorm verstärkt. Außerdem werden ältere Beschäftigte oft an andere Firmen verliehen, insgesamt nimmt der Anteil der Stamarbeiter an den Beschäftigten ab.

Leider tut die japanische Gewerkschaft wenig gegen diese Situation. Der neue Gewerkschaftsdachverband Ren-go ist wenig kämpferisch und praktisch machtlos. Die über 70.000 Betriebsgewerkschaften beugen sich meist dem

Wegen der Doppel- und Dreifachbelastung können diese Frauen kaum unbezahlte Überstunden machen oder auf ihren Urlaub verzichten – und haben deshalb auch bei guter Qualifikation wenig Aufstiegschancen. 74% der Angestellten und 71% der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen.

### Krise der Herrschenden

Diese Diskriminierung und Unterdrückung setzt sich in den anderen Bereichen der Gesellschaft fort. Aber auch die Geduld der Japanerinnen hat Grenzen. Der Stimmungsumschwung bei den japanischen Wählerinnen trug zur schwersten Niederlage bei, die die seit 35 Jahren regierende LDP bei den letzten Wahlen einstecken mußte. Sie verlor die Mehrheit im Senat; und bei den Gemeindewahlen von Tokio stieg der Anteil der Sozialisten (JSP) von 12 auf

Willen der Betriebsleitung. Der Organisationsgrad ist seit 1950 von 55% auf 25% gesunken.

Die Gewerkschaften konzentrieren sich auf die Stamarbeiter und vernachlässigen die am meisten ausgebeuteten Teilzeit- und Zeitarbeiter sowie die Tagelöhner. Diese Strukturen geraten immer mehr in Widerspruch zu den Interessen der Lohnabhängigen. Sie werden in den bevorstehenden gesellschaftlichen Kämpfen erkennen, daß sie die Gewerkschaft nicht verlassen, sondern verändern müssen.

In den letzten Jahren ist auch eine weitere Säule der japanischen Gesellschaft brüchiger geworden: die Unterdrückung der Frauen, die in Japan viel offener stattfindet als in Europa oder Amerika. Hausarbeit und Kindererziehung werden in Japan noch ausschließlich den Frauen aufgebürdet als in Deutschland, obwohl auch in Japan ein großer Teil der Frauen berufstätig ist.

1985 waren 36% der Lohnabhängigen Frauen (davon 60% verheiratet).

29%.

Die JSP treibt aber keine konsequente Politik im Interesse der japanischen Lohnabhängigen, Jugendlichen und Frauen. Sie arbeitet mit bürgerlichen Oppositionspartnern zusammen statt mit der Kommunistischen Partei (die in Japan mehrere hunderttausend Mitglieder hat). Ein Wahlbündnis der beiden Arbeiterparteien mit einem klaren sozialistischen Programm wäre für die japanische Arbeiterbewegung ein großer Fortschritt.

Aber auch ohne klare sozialistische Alternative wird sich die Krise der regierenden LDP vertiefen. Die herrschende Klasse Japans ist gespalten. Sie wissen nicht, ob sie mehr Angst vor dem finanziellen Kollaps oder den sozialen Explosionen haben sollen. Das kann zu einer politischen Krise führen, die den amerikanischen Haushaltsstreit im letzten Herbst bei weitem in den Schatten stellt.

**Wolfram Klein, Stuttgart  
Jungsozialist**

# Programm im Interesse der Arbeiter siegt

### USA

Überall in der Welt mag der Sozialismus zusammenbrechen, aber im Staat Vermont ist er lebendig und wohlauflaufend, schrieb die „Financial Times“ (9.11.90) zum überraschenden Sieg des Sozialisten Bernie Sanders, der bei den US-Kongresswahlen im November den einzigen Sitz des Bundesstaates Vermont im Repräsentantenhaus gewann.

Bernie Sanders, früher Bürgermeister der Stadt Burlington, ist als Kämpfer für die Interessen der Arbeiter bekannt und bezeichnet sich selbst als Marxist. Er ging als unabhängiger Kandidat gegen den republikanischen Amtsinhaber ins Rennen und erhielt 55%

der Stimmen, gegenüber 41% für den Kandidaten der Republikaner und 3% für den Demokraten.

Nach dem Sieg rief er seinen feiernden Anhängern zu: „Ein kleiner Staat könnte in die Geschichte eingehen als Speerspitze einer demokratischen Revolution ...“, die den multinationalen Konzernen und Reichen die Macht wegnimmt und sie dem Volk zurückgibt.“

Sanders unterstützt die „Kampagne für eine Labor-Party“, die sich für den Aufbau einer amerikanischen Arbeiterpartei einsetzt, und sagte auf deren 1. Konferenz im Mai 1989: „Wenn man den Leuten eine Alternative anbietet, wenn man den Mut hat, Klassenfragen aufzugreifen, dann werden sie auch wählen kommen.“ Seinen Wahlkampf

führte er mit dem Slogan: „Laßt die Reichen zahlen!“

Sanders ist seit 60 Jahren der erste Sozialist und seit 40 Jahren der erste unabhängige Kandidat, der in den US-Kongress gewählt wurde.

### Neuseeland

Nach sechsjähriger Amtszeit in der Regierung erlitt die neuseeländische Arbeiterpartei (NZLP) bei den letzten Parlamentswahlen eine vernichtende Niederlage. Sie errang nur noch 28 der 97 Parlamentssitze, 12 der 18 Minister verloren ihren Wahlkreis. Die Wahlbeteiligung sank von 84% auf 76%. Die Ureinwohner (Maoris), deren Rechte die Regierung nicht verteidigt hatte, be-

teiligten sich nur zu 25%.

Die Politik der Labour-Regierung bestand aus einer Kopie des Thatcherismus: Freigabe von Mieten und Energiepreisen, Verkauf von Staatsbetrieben wie Telekom, Bahn und Flughäfen, Abkommen mit den Gewerkschaften zur Begrenzung der Lohnerhöhungen auf 22%. Seit sechs Jahren waren die Real-löhne der Arbeiter gesunken.

### Kanada

Die kanadische Arbeiterpartei NDP errang bei den Wahlen in der bevölkerungsreichsten Provinz Ontario einen erdruschartigen Sieg. Sie erhöhte ihre Sitze im Provinzparlament dramatisch von 19 auf 74, während die zuvor regie-

rende liberale Partei von 93 auf 36 Sitze schrumpfte. Vor dem Hintergrund von steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Lebensstandard führte die NDP ihren Wahlkampf mit folgenden Versprechen:

- Rücknahme von Steuererhöhungen für die Arbeiter und Einführung einer Körperschaftssteuer für 40.000 Unternehmen, die vorher keine Steuern zahlten;
- Verbesserung des Kündigungsschutzes bei Betriebsschließungen und Entlassungen;
- Erhöhung der Mindestlöhne auf 60% des durchschnittlichen Facharbeiterlohns;
- Ausbau des Bildungswesens und der öffentlichen Kinderversorgung.

Sowjetunion

# „Kampf gegen Bürokratie und Marktwirtschaft“

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Versorgungslage in der Sowjetunion durch bürokratische Mißwirtschaft und Perestroika bilden sich dort immer mehr unabhängige Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften. VORAN-Korrespondent Jens Breuß hatte bei einem Besuch in Leningrad Gelegenheit zu einem Interview mit Igor Doschkewitsch, Vertreter der unabhängigen „Gewerkschaft Gerechtigkeit“, der auch verantwortlicher Redakteur von „Rubikon“ ist, einer von der Gewerkschaft seit drei Jahren herausgegebenen Zeitung.

Frage: Igor, was ist die „Gerechtigkeit“?

Antwort: Wir haben alle Arten von Werktätigen in unseren Reihen: Arbeiter, Intellektuelle und auch Leute aus den Kooperativen. Nur Manager, Fabrikdirektoren und ähnliche haben keinen Zutritt. Sie stehen auf der anderen Seite.

Wir sind als Mitglieder der „Gerechtigkeit“ zugleich auch in den staatlichen Gewerkschaften. Das hat zwei Gründe: Einmal ist die soziale Absicherung bei den Offiziellen besser gestellt, und außerdem sind wir dadurch in der Lage, das Potential in den staatlichen für unsere Gewerkschaft anzusprechen. Wir bieten unser Programm an, diskutieren darüber, auch, welche verschiedenen Kampfmittel im Betrieb gegen die Bürokratie geeignet sind.

Welches Programm vertreten Sie?

Nun, da gibt es in meiner Gewerkschaft sehr unterschiedliche politische Meinungen, denn bei uns gibt es Leute aus der Demokratischen Union bis hin zu den „liberalen Kommunisten“, d.h. den Jelzin-Anhängern. Ich muß aber sagen, daß wir in drei wesentlichen Punkten übereinstimmen: erstens für die Bildung unabhängiger Gewerkschaften, zweitens gegen die Nomenklatura der Bürokratie und für Demokratie, drittens können Leute mit verschiedenen politischen Ansichten und aus unterschiedlichen Organisationen bei uns in der Spitze sein.



Gorbatschow: Im Ausland als Held gefeiert – zu Hause unpopulärer denn je.

Fields aus der Labour Party aufgeschlagen. Natürlich wollen wir unser Programm in der gesamten Arbeiterbewegung verbreiten, um es letztlich an die Spitze der Bewegung stellen zu können.

Der „Rubikon“ erfüllt z.Zt. noch

geheuer verschlechtert hat.

Welche nächsten Schritte der Regierung sind zu erwarten?

Die Lebenssituation wird sich sofort mit der Einführung der Reformen hin zur Marktwirtschaft verschlechtern. Gorbatschow hat ein Bündnis mit den Rechten (Jelzin-Anhängern) gebildet, um politische Reformen einzuleiten.

Alle wissen, daß Gorbatschow der eigentliche Machthaber ist. Er hat Macht über die Miliz, den KGB und das Militär – und je instabiler die heutige Situation wird, desto mehr Angst haben die Menschen hier, daß Gorbatschow diese letzte Trumpfkarte zieht. So oder so, die Machtkämpfe innerhalb der Bürokratie werden zunehmen. Das bedeutet: Jeder gegen jeden, bedeutet, daß die ökonomischen Reformen bestenfalls verlangsamt von den widerstrebenden Bürokraten umgesetzt werden, bedeutet damit auch, daß der bürokratische Plan immer weniger funktioniert, das Chaos wird immer gewaltiger.

Wenn das die Perspektiven der nächsten Zeit sind, wie können die Arbeiter in diesem Chaos unabhängige starke Gewerkschaften aufbauen?

Es ist wahrscheinlich, daß das Chaos in eine Diktatur von Gorbatschow als Präsident mündet, vergleichbar mit Jaruzelski 1981; oder es ist auch eine offene Militärdiktatur wie in Chile seit 1973 möglich, wenn Gorbatschow zu lange zögert und die unmittelbare Macht der gesamten Bürokratie gefährdet ist. Die Aufgabe der linken demokratischen Kräfte, besonders der Arbeiterbewe-

gung muß dann sein, gegen jede Begrenzung der Demokratie und gegen die ökonomischen Reformen Richtung Marktwirtschaft zu kämpfen. Im Kampf gegen die gesamte Bürokratie kann sich durch eine Sammelbewe-



Bergarbeiter im Kaukasus: Ausgehend von einem Massenstreik im Sommer 1989 bauten sie eine unabhängige Gewerkschaftsföderation auf.

gung der Werktätigen in unabhängigen Gewerkschaften eine Partei herausbilden, die reale Macht bekommen kann und zur Verbesserung der Lage der Werktätigen Reformen einführt.

Wie bewertet ihr die nationalen Konflikte?

Rußland hat kein moralisches Recht, über andere Völker zu herrschen, das ist klar; aber man muß auch sehen, daß das russische Volk als Mittel zur Unterdrückung durch die Bürokratie benutzt wurde. Es wird erst zu einem Zerfall des „kolonialen Reiches“ kommen müssen, damit in Rußland Demokratie möglich wird.

Viele Völker sehen die Lösung ihrer Probleme zunächst einmal in der Abtrennung von der Sowjetunion, z.B. kann ich mir vorstellen, daß der Ferne Osten eine zeitweilige Selbständigkeit erhält, später aber wieder eine wirtschaftliche Vereinigung mit Rußland anstrebt. Die Verbindung aller Nationalitäten in der SU wäre möglicherweise vergleichbar mit den Staaten der EG. Aber nur, wenn das Prinzip der Freiwilligkeit gegeben ist und zugleich das

Recht auf Abspaltung von der UdSSR. Igor, ich danke dir für das Interview und wünsch euch viel Kraft und Erfolg bei eurer Arbeit. Das wünsche ich der Zeitung VORAN und den Marxisten in der SPD auch.

## Internationale Notizen

### Angleichung an den Westen

In Ungarn gibt es mittlerweile 200.000 Obdachlose. Sandor Rostas, Sprecher der „Nationalen Front der Armen“ sagte in einem Interview: „Die Preise stiegen in diesem Jahr um 60%, die Löhne auf dem Schwarzmarkt fallen ständig. Also können wir nur noch betteln und unsere Stimme erheben. Wir brauchen Wohnraum, Kleidung und Nahrung. Wir fordern Sozialhilfe für die Ärmsten. Nur wer Kapital bringt, der darf hier reich werden. Ein paar werden immer reicher, während immer mehr Ungarn hoffnungslos in der Armut versinken. Und das nennt man dann ‚Angleichung an den westlichen Lebensstandard‘, das nennt man ‚westliche Demokratie‘.“ (taz, 3.11.90)

### Verteidigung der Demokratie

50 saudische Frauen protestierten im November mit einem Autokonvoi in der Innenstadt von Riad gegen das religiös motivierte Fahrverbot für Frauen in Saudi-Arabien. Sie wiesen darauf hin, daß sowohl kuwaitische Flüchtlingsfrauen als auch US-Soldatinnen Auto fahren dürfen.

Das saudische Regime reagierte prompt: Die religiöse Vorschrift wurde zum gesetzlichen Fahrverbot gemacht; sechs der an der Demo beteiligten Frauen wurden ihres Postens an der Universität von Riad entzogen. Die US-Armee wollte da nicht nachstehen und wies ihre Soldatinnen an, künftig nur noch im Dienst Auto zu fahren.

Dafür wird die feudale saudische Monarchie, die weder politische Parteien noch Wahlen zuläßt,

jetzt einen entscheidenden Schritt zur Demokratisierung machen. König Fahd hat angekündigt, künftig nicht mehr alleine regieren zu wollen, sondern einen Beraterstab von 50 „treuen und verantwortungsbewußten“ Männern zu ernennen. Die US-Armee verteidigt also vitale demokratische Interessen vor einem möglichen Angriff Saddam Husseins.

### Hilfe zur Selbsthilfe

1989 gab die BRD knapp 9,11 Mrd. DM für Entwicklungshilfe aus. Doch etwa neun Zehntel dieses Geldes fließen in Form von Auslandsaufträgen in die Kassen deutscher Unternehmer. Wie die Bundesbank in ihrem Monatsbericht (Okt. 90) feststellt, können deutsche Unternehmen „traditionell den Großteil der Aufträge für sich gewinnen“, obwohl nur „ein geringer Teil der deutschen öffentlichen Hilfe liefergebunden vergeben“ wird. In den letzten Jahren stiegen die Geldrückflüsse zugunsten deutscher Unternehmen „merklich von 70,4 auf 88,9% der mit deutscher Hilfe finanzierten Auslandsbeschaffungen“.

### Sozialpartnerschaft auf peruanisch

Im Oktober besetzten 120 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in der peruanischen Hauptstadt Lima drei Wochen lang die Firma Corbolan S.A. Pelikan, an der die deutsche Pelikan AG in Hannover maßgeblich beteiligt ist. Damit wollten die Arbeiter gegen die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte und für einen Inflationsausgleich kämpfen. Die Inflationsrate lag in Peru bei 11.000% im letzten Jahr. Das Pelikan-Management ließ das Werk von 200 Polizisten räumen, die mit Kampfpanzern, Tränengas

und Schußwaffen gegen die Fabrikbesetzer vorgehen. Dabei wurden zehn Arbeiter, z.T. durch Gewehr-schüsse verletzt.

Im November traten 100.000 Staatsdiener in einen unbefristeten Streik für einen Inflationsausgleich. Der peruanische Arbeitsminister kündigte daraufhin die Einschränkung des Streikrechts an.

### Rückzahlung der Zarenschulden

Der französisch-sowjetische Vertrag, der vor ein paar Monaten von Mitterand und Gorbatschow unterzeichnet wurde, beinhaltet auch eine Vereinbarung über die Rückzahlung russischer Anleihen aus der Zarenzeit. Die Anleihen, die französisches Kapital dem despotischen Zarenregime zwischen 1822 und 1917 zukommen ließ, betragen nach heutigem Wert rund 72 Mrd. DM. Die Rückzahlung der Zarenschulden war von den Bolschewiki nach der Oktoberrevolution eingestellt worden.

### Selbstbedienung

Die „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände“ (AGV) hat der Europäischen Gemeinschaft „gigantische Geldverschwendung“ vorgeworfen. Die EG-Steuerzahler finanzieren nicht nur die Überproduktion in der Landwirtschaft, sondern anschließend auch noch die Zuschüsse für den Verkauf. Denn die teuren EG-Landwirtschaftsprodukte werden aus der EG-Kasse auf das niedrigere Preisniveau am Weltmarkt heruntersubventioniert. Rund 140 Mrd. DM wurden zwischen 1980 und '90 dafür ausgegeben. Das reicht den EG-Großagrariern aber nicht. Sie bedienen sich auch noch illegal mit zwischen 5 und 15 Mrd. DM jährlich durch Subventions-Betrügereien (Schätzung der Brüsseler EG-Kommission).



Privater Markt in Moskau: Schwarzhandel und Spekulation verschlimmern die Versorgungslage weiter.

Das Redaktionskollektiv von „Rubikon“ hat eher ein Programm mit eindeutigen Punkten: für Volkseigentum und Herrschaft der Werktätigen. Den „Rubikon“ gab es in den 20er Jahren schon einmal, und an diese Traditionen der Gewerkschaftszeitung knüpfen wir an. Wir veröffentlichen auch Materialien anderer Gewerkschaften in Rußland, von anderen Teilen der Arbeiterbewegung hier, aber auch von linken Organisationen aus dem Westen, du hast ja gerade den Brief von Terry

bürokratische Willkür bei den Preisen versteckt werden sollte. Jetzt wird die Inflation immer sichtbarer, da die bürokratische Verwaltung von Tag zu Tag größere Lücken aufreißt. Die bisherige „versteckte“ Arbeitslosigkeit nimmt immer offenere Züge an: Im Kaukasus und in Mittelasien sind besonders viele Jugendliche, aber auch Intellektuelle davon betroffen. In letzter Zeit gibt es mehr und mehr Betriebsschließungen. Allgemein kann man sagen, daß sich für die Masse der Lebensstandard un-

# Seite Zehn (diesmal auf Seite 12)

## Verkauft

Natürlich macht VORAN keinen „Wahlkampf auf PDS-Art“, wie „Bild“ fälschlicherweise schrieb (siehe Foto). Vielmehr warben VORAN-Unterstützer bei den PDS-Veranstaltungen für die SPD. Das Interesse war groß. So wurden z.B. in Kassel über 100, in Bremen und München 50 und in Hamburg 70 VORAN bei PDS-Veranstaltungen verkauft. In Diskussionen mit jugendlichen Veranstaltungsbesuchern wurde deutlich, daß viele aus Enttäuschung mit der SPD-Politik bei der PDS „reinschauen“ und durchaus skeptisch sind, ob die PDS wirklich eine Alternative sein kann. Wir erklärten die Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung der SPD.

Auch an den Juso-Wahlkampfständen in Innenstädten gab es großes Interesse an unserem Material. In Bremerhaven wurden in zwei Stunden 20 VORAN verkauft, in Stuttgart 46. Juso-AGen aus vielen Städten bestellten unsere Broschüren und Poster mit der Bilanz von acht Jahren Kohl-Regierung, weil weder von Partei- noch Juso-Bundesebene eine ähnlich gute Argumentations- und Faktensammlung herausgegeben wurde. Oskar-Buttons und Oskar-Poster schienen man dort für aussagekräftiger zu halten.



## Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und . . . .

Hallo VORAN-Redaktion, Genossinnen und Genossen, Kohl sagte wieder einmal: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, nur Frieden ausgehen.“ Dies waren seine Worte bei der KSZE-Konferenz in Paris.

Für mich ist es nur leeres Geschwätz. Von keinem kapitalistischen Land ging je Frieden aus. Solange die Interessen der Kapitalisten und Monopole gesichert sind, wenn sie schalten und walten können nach Belieben, werden sie nach außen Frieden und Ruhe geben und spielen sich als „Friedenskämpfer“ auf.

Doch Menschen, die für die Vernichtung von Nuklearwaffen demonstrierten, wurden mit Geld- oder Haftstrafen belegt. Nazis bekommen Polizeischutz und Leute, die gegen Neonazis auftreten, werden verprügelt, ohne daß Polizisten etwas dagegen unternehmen.

Auf der einen Seite soll vom vereinten Deutschland kein Krieg mehr ausgehen, auf der anderen Seite soll die Bundeswehr unter dem Blauhelm der UNO im Golfkrieg mitmischen. Nun gibt es kein „Feindbild“ aus dem Osten mehr. Da kam ihnen Saddam Hussein gut ins Konzept, um die Rüstung zu forcieren.

Es geht Kohl nicht um die Wahrung der Menschenrechte, sondern einzig und allein um die eigenen Interessen. Es scherte ihn wenig, daß Menschen in anderen Ländern unterdrückt, ausgebeutet oder unter einer Militärdiktatur zu leiden haben. Dafür hat sich Kohl

nicht eingesetzt, sondern die Militärdiktaturen (Pinochet-Regime in Chile, Rassistenregime in Südafrika) finanziell und materiell (U-Bootbau in Bremen für Chiles Pinochet-Regime) unterstützt.

Auch Hussein wurde mit Waffen beliefert. Nun „heult“ man „Krokodilstränen“ über die Verletzung der Menschenrechte im Irak bzw. in Kuwait. Es hat nur das Volk im Irak und der ganzen Welt das Recht, sich von Diktaturen zu befreien.

Keine Einmischung fremder Truppen in den Golfkonflikt. Sollen Soldaten auf dem Schlachtfeld für die Interessen des Kapitals sterben?

Deshalb bin ich nicht einverstanden mit dem Polizeieinsatz im Parteigebäude der Grünen in Bonn wegen einem Flugblatt, daß dazu aufrief, daß Soldaten desertieren sollen, falls sie im Golfkonflikt eingesetzt werden.

Thomas Kohmann  
Böhlitz-Ehrenberg/Leipzig  
SPD-Mitglied und Juso

Liebe Genoss(inn)en und Kolleg(inn)en, bitte laßt Euch sagen, daß in einer Zeitung „für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaftler“ unbedingt zum Ausdruck kommen muß: „Sozialisten immer an der Seite der Unterdrückten!“ Im Umkehrschluß heißt das (für mich): niemals auf der Seite der Unterdrücker!

Eure Artikel zum Golfkrieg in allen Ehren – aber seid Ihr kurzichtig oder einäugig (was noch schlimmer wäre)? Es geht nicht darum, EINEN Besetzer im Nahen Osten „eines Besseren zu belehren“ – selbstverständlich OHNE Krieg –, sondern ZWEIEN.

Wenigstens muß Euch klar sein, Völker- und Menschenrecht sind NICHT teilbar. Drei Jahre Freiheitskampf ist übergenug! Die Intifada braucht politische Unterstützung! Für ein freies, souveränes Palästina mit ihrer rechtmäßigen Hauptstadt Al Quds (was die Besetzer „Ost-Jerusalem“ nennen). Ich wünschte mir sehr, Euch an meiner Seite zu haben. Die „Erwachsenen“ in der SPD haben Angst vor dieser Forderung. „Kuwait – Palästina – same Attention!“ (dieselbe Aufmerksamkeit) Auf eine andere Art ist kein Frieden zu haben.

Mit sozialistischem Gruß  
Irmgard Alfken, Bremen



Wahlkampf auf PDS-Art: Gregor Gysi will Bundeskanzler Kohl die rote Karte zeigen.

das VORAN-Innenseitenposter der letzten Ausgabe entdeckten.

Bei Oskar-Kundgebungen verkauften VORAN-Unterstützer z.B. in Köln 181 und in Frankfurt 85 Zeitungen. Bei der ersten bundesweiten Anti-Kriegs-Demo in Bonn im November wurden rund 100 Exemplare verkauft.

Überlege auch Du, ob und wo Du VORAN weiterverkaufen kannst. Sammelbestellungen in Kommission an die Reaktion.

## Kampffonds

### Wann kommt Deine Anti-Kriegs-Abgabe?

Bis nach Weihnachten dürfte uns die neue Regierung noch eine Schonfrist gewähren, aber spätestens dann wird es ernst: Abgaben oder Steuern werden erhöht und der Haushalt soll zusammengestrichen werden. Die Konzerne kassieren zur Zeit in der Ex-DDR, Arbeiter und Angestellte sollen zur Kasse gebeten werden.

Im Januar könnte sich auch der Golfkonflikt zuspitzen. Laut Bush soll auch Deutschland endlich seine Verantwortung wahrnehmen und mithelfen, die Interessen der Großkonzerne am „freien“ Zugang zum Öl zu wahren. Hunderttausende von Arbeiterfamilien werden dafür mit Blut bezahlen – eventuell auch deutsche. Für einen konsequenten Kampf gegen den Krieg und die Angriffe der Regierung müssen wir VORAN als sozialistische Kraft in der Arbeiterbewegung stärken – auch finanziell.

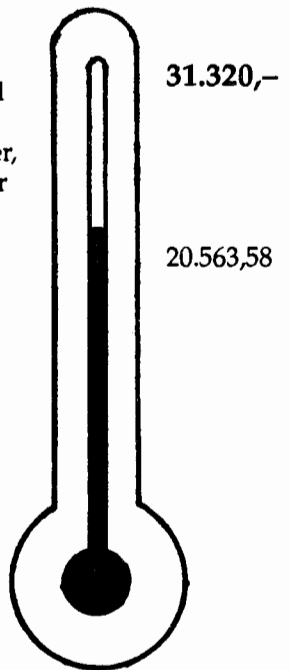
Im Wahlkampf konnten VORAN-Unterstützer, während sie bei PDS Veranstaltungen um Stimmen für die SPD warben, gleichzeitig viel Geld sammeln: 100 DM in Bremen und 210 DM in Kassel.

Bei einer ÖTV-Demo im Oktober in Frankfurt sammelten VORAN-Unterstützer 110,25 DM. Auf einer Kundgebung der ötv und des Landeselternverbandes NRW in Recklinghausen am 17.11.90 verkaufte eine Genossin Kitafos und Buttons für insgesamt 79,50 DM! Ihr Kommentar: „Allein war ich hoffnungslos überfordert. Die Erzieherinnen und Eltern waren sehr aufgeschlossen für die Broschüre, und die Kinder – aber auch ErzieherInnen – haben sich auf die Buttons gestürzt.“

Einzelspenden kamen u.a. von: Thomas aus Böhlitz, 50 DM, Siggie aus Böt-

zingen, 50 DM, Gregor Gysi, 9,20 DM. Der Spendenaufruf auf einer VORAN-Veranstaltung zum Golf am 16.11.90 in Köln brachte 273 DM ein. Damit erreichte der Kampffonds einen Stand von 20.563,58 DM am 3.12.90. Gerade jetzt wo das Weihnachtsgeld ausbezahlt wurde, sollten alle Unterstützer die Gelegenheit nutzen und regelmäßige Käufer um eine Spende bitten.  
Fiz Garvie, Köln, SPD-Mitglied

Ziel  
4. Quartal  
Oktober,  
November,  
Dezember



Stand:  
3.12.1990

Spendenkonto:  
VORAN, Postgiroamt Essen  
BLZ 360 100 43  
Kto.-Nr. 2500 59-430

## ihr da oben . . .

### Schalck im Nacken?

Während 150 Polizisten ohne Durchsuchungsbefehl in der PDS-Zentrale nach verschobenen Millionen suchten, das Bundesbüro der Grünen wegen eines Aufrufs zur Kriegsdienstverweigerung zweimal von Polizisten heimgesucht wurde, hat der ehemalige SED-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski nichts dergleichen zu befürchten. Die Berliner Staatsanwaltschaft will einen noch in der DDR erlassenen Haftbefehl gegen ihn aufheben. Er entspreche nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen, teilte ein Justizsprecher mit.

### Wahre Sozialpartnerschaft

Der Pinneberger Unternehmer und Anlagenbauer Günter Tukay hat Ärger mit zwei seiner lieben Mitar-



beiter. Ganz entgegen dem Geist der Sozialpartnerschaft erschienen Horst Schröder und Peter Osthoff monatelang nicht zur Arbeit. Das kann sich auch der geduldigste Sozialpartner nicht bieten lassen. Unternehmer Tukay schickte den beiden Familien die Kündigung wegen Arbeitsverweigerung. Doch das Arbeitsgericht Elmsborn stoppte ihn. Die offenbar linksradikal gesonnenen Richter fanden es unhaltbar, Mitarbeitern zu kündigen, die in Libyen als Geiseln festgehalten werden ...

### Millionengewinn für Arbeitslose

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Fünf Arbeitslose haben 1990 rund eine Million DM in der Einheits-Lotterie gewonnen. Die Namen der glücklichen Gewinner sollen nicht verschwiegen werden. Sie heißen Lothar de Maizière, Hans-Joachim Walther, Günther Krause, Rainer Ortleb und Sabine Bergmann-Pohl. Die Ziehung in dieser staatlichen Klassenlotterie fand unter Leitung der Aufsichtsbeamten Helmut Kohl und Theo Waigel statt. Das Gemeinschaftslos mit der Nummer „42101-



011“ des Nachtragshaushaltes brachte allein schon eine Gewinn-Ausschüttung von 323.000,- DM. Außerdem kamen die fünf noch in die Zusatz-Ziehung und gewannen hier je einen persönlichen Referenten, eine Sekretärin und einen Dienstwagen mit Fahrer. Herzlichen Glückwunsch!

### Offenherzig

Schon während seines 17monatigen Parteispendenprozesses war für den früheren Bosch-Chef Hans-Lutz Merkle, der der Steuerhinterziehung in Höhe von 1,487 Mio. DM für schuldig befunden wurde, eins sonnenklar: „Der Staat hat kein Recht aus sich. Ich betrachte den Staat als Instrument.“ Das fanden die Richter offenbar auch. Sie verurteilten ihn zu einer Verwarnung und 600.000,- DM Spenden an gemeinnützige Einrichtungen. Die Verwarnung galt wahrscheinlich seinem offenherzigen Bekenntnis über sein unbeschwertes Verhältnis zu den Staatsorganen.

. . . . wir hier unten

Ich möchte

# VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen



Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Teelefon 0221/134504



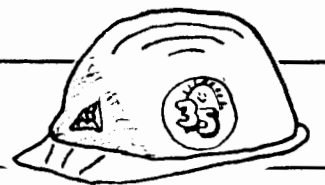
Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM   
VORAN weiterverkaufen und bestelle \_\_\_\_ Exemplare   
(in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)   
ein VORAN-Förderabo zu DM \_\_\_\_ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1  
Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430

# Aus Betrieb und Gewerkschaft



# Pflegenotstand ÖTV muß Forderung voll durchsetzen

Der Pflegenotstand ist schon längst zum Pflegekollaps geworden. Ganze Stationen werden geschlossen, weil kein Pflegepersonal vorhanden ist. Rettungswagen fahren stundenlang durch Großstädte, bis sie ein freies Bett für einen Notfallpatienten finden. Notwendige Operationen werden immer wieder verschoben. Nach Angaben des Deutschen Patienten-Schutzbundes sterben in der (Alt-)BRD jährlich 13.000 Patienten an den Folgen des Pflegenotstandes (zum Vergleich: Verkehrstote 1989: 7985).

Schichtdienst und Wochenenddienste, keine ausreichende praktische Anleitung auf vielen Stationen, eine Auszubildendenvergütung von 865 DM brutto - so sehen die Arbeitsbedingungen für Krankenpflegeschüler(innen) aus. Kein Wunder, daß der Nachwuchs fehlt.

1985 bekam ein(e) Krankenpflegeschüler(in) 879 DM brutto im ersten Jahr. Damals gab es noch mehr Bewerber(innen) als Ausbildungsplätze. Die Kohl-Regierung und die öffentlichen Arbeitgeber wollten die Azubi-Vergütungen um bis zu 37% kürzen. Protestaktionen konnten dies teilweise verhindern. Im Tarifabschluß akzeptierte die ÖTV-Führung damals allerdings eine Kürzung der Azubi-Vergütungen um 9%.

## Personalflucht

„Die Zahl der Krankenpflegeschüler, die das Pflegepersonal entlasten, verringerte sich Ende der 80er Jahre kontinuierlich (1987: 72.200, 1988: 69.000, 1989 nach Schätzungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Düsseldorf: 65.000).“ (Zitat aus „Aktuell '91“, Harenberg Lexikon-Verlag) „In den letzten

zehn Jahren sind bundesweit rund 200.000 Schwestern und Pfleger ausgebildet worden, doch nur die Hälfte von ihnen ist in den Kliniken geblieben.“ (Spiegel, 37/90)



Demo von Pflegekräften in Köln 1989. Damals gab es die erste Warnstreikwelle in der Geschichte der Pflege. Viel wurde nicht erreicht, Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind nach wie vor miserabel.

Der Pflegenotstand ist in erster Linie ein Personalnotstand. Die Flucht des Pflegepersonals aus dem erlernten Beruf hat viele Gründe. Hauptgrund bleibt aber die - gemessen an den Belastungen des Pflegeberufs - absolut miese Bezahlung. 1989 wurde durch die in der Geschichte der BRD erste Warnstreikwelle in der Pflege, an der sich 50.000 beteiligten, eine Höhergruppierung in der Kranken- und Altenpflege und höhere Zulagen erreicht.

Obwohl dies ein Fortschritt war, waren viele Pflegekräfte, die sich zum ersten Mal engagiert hatten, von der Höhe

des Ergebnisses enttäuscht. Die ÖTV-Führung zog die falsche Schlussfolgerung: „Mit diesem Tarifierfolg werde die Pflege aufgewertet, so wie es ihrem gesellschaftlichen Wert entspreche.“ (ÖTV-Magazin 7-8/90) Sie verlegte den Schwerpunkt darauf, verbesserte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu fordern. Natürlich brauchen wir dies auch.

## Mehr Geld

Aber solange eine ausgebildete Pflegekraft im Schichtdienst 1000 DM brutto weniger Lohn erhält als ein Facharbeiter, der nach den Tarifen der IG Metall bezahlt wird, wird der Pflegenotstand nicht zu beseitigen sein. Fortschritte wie Einführung der 5-Tage-Woche, Arbeitszeitverkürzung und Schaffung von neuen Planstellen bewirken nichts, wenn das notwendige Personal für die Umsetzung fehlt.

Von allen Themen, die auf den Stationen diskutiert werden, ist Geld immer noch Thema Nr. 1. Meinungen wie „500 Mark mehr netto und mehr Urlaub, und es gibt wieder genügend Pflegepersonal“ oder „300 Mark mehr im 1.

Ausbildungsjahr - aber netto“ habe ich in den letzten Wochen öfters gehört. Es gibt eine große Unzufriedenheit über die Entlohnung. Vor diesem Hintergrund ist die Tarifforderung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nach 10% Erhöhung und für Auszubildende 250 DM mehr für viele bereits eine Enttäuschung.

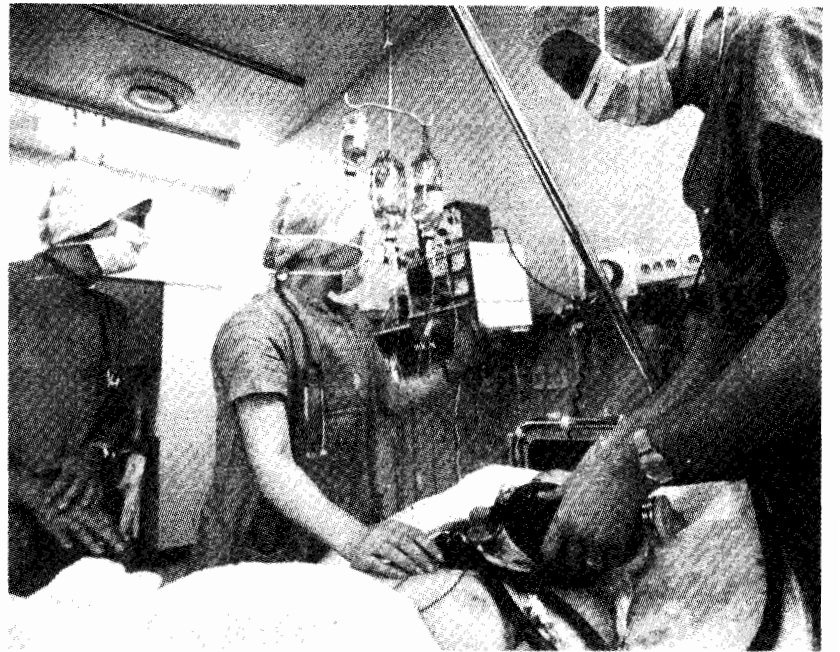
Seit Jahren hinken die Tarife im öffentlichen Dienst der Lohn- und Gehaltsentwicklung in der privaten Wirtschaft hinterher. Von dem wirtschaftlichen Aufschwung seit 1983 haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst am wenigsten gehabt.

## Bessere Ausbildungsbedingungen

Es ist völlig verständlich, daß von Seiten der Gewerkschaftsleitung der Manteltarifvertrag für Auszubildende nicht gekündigt wurde und es bei dieser Tarifrunde nur um höhere Vergütungen, nicht aber um verbesserte Ausbildungsbedingungen gehen soll.

Viele Auszubildende und Beschäftigte in der Krankenpflege nehmen die ÖTV nicht mehr ernst. Bei manchen heißt sie nur noch „Ö-te-flau“. Seit Jahren wird von Verwirklichung humaner Pflege gesprochen, aber der Pflegenotstand wird nur noch schlimmer. Wenn es keine größeren Enttäuschungen geben soll, muß das Forderungspaket hundertprozentig durchgesetzt werden. Es ist die Aufgabe der ÖTV-Führung, zusammen mit den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst eine Mobilisierungsstrategie aufzuzeigen, wie dieses Ziel gegen den Widerstand der Arbeitgeber erkämpft werden kann.

Ein Krankenpflegeschüler aus Stuttgart, Juso und ÖTV-Mitglied



Pflegenotstand ist vor allem Personalnotstand: Notwendige Operationen werden verschoben, ganze Stationen geschlossen.

# Massenentlassungen im Philips-Konzern Schluß mit der Murkswirtschaft!

Letzten Herbst kündigte der neue Chef von Philips, der bei den niederländischen Gewerkschaften berühmter berüchtigte „Sanierer“ J. D. Timmer, eine gewaltige Umstrukturierung an, bei der bis Ende 1991 45.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Laut „Spiegel“ soll bereits über den Verkauf der deutschen Tochtergesellschaft „Philips Kommunikations Industrie“ (PKI) an den US-Konzern AT&T verhandelt werden.

Ursachen für die Misere des Philips-Konzerns: Auf dem Markt für Informationstechnologie, elektronische Bauteile und Unterhaltungselektronik herrscht scharfe Konkurrenz. Die Marktwirtschaft hat immer Verlierer. Weiterhin gibt es in einem Multi wie Philips eine Hierarchie von Befehlsebenen, die eine schnelle Umsetzung von Neuentwicklungen in die Produktion behindert.

## Philips Hamburg

Da Philips bisher eine sehr breite Produktpalette hatte und sehr viele Einzelteile selbst herstellte, geriet die betriebsinterne Bürokratie mit ihrer Planung in die gleichen Schwierigkeiten wie die Bonzen in den stalinistischen Ländern. Arbeiter und Angestellte sollen also wieder einmal für die Opfer bezahlen, die das Wirtschaftssystem der Bosse und deren betriebsinternes kapitalistisches Mißmanagement fordern.

Die Kollegen bei Philips werden schon sehr lange gebeutelt. In den 70er Jahren gab es im Bereich Components in Hamburg bereits ca. 5000 Entlassungen. Der letzte Kampf ging 1988/89 um den Erhalt des Philips-Forschungsla-

bors (PFH) in Hamburg. Viele Demos und eine Betriebsbesetzung konnten die Schließung um ein Jahr verzögern. Dabei wurden wichtige Erfahrungen gemacht: Angesichts des offenkundigen Mißmanagements der Konzernbosse erstellten die Kollegen ein „Mitarbeiterkonzept“. Der Betriebsratsvorsitzende des PFH sagte damals, das Konzept „stellt schon einen Ansatz zu Arbeiterdemokratie dar“. Jedoch lehnten die Chefs dankend ab. Wenn die Belegschaft den Betrieb besser organisieren könnte, womit wären dann ihre enormen Privilegiertengehälter noch zu rechtfertigen?

Diesmal muß die Zusammenarbeit aller Standorte gewährleistet sein. Der Kampf um das PFH wurde durch die nicht ausreichende Solidarität, z.B. des Betriebsrates in Aachen mitentschieden. (Ursprünglich sollten Teile des PFH dorthin verlegt werden.)

## Schädliche Konkurrenz der SPD-Länder

Doch auch die Haltung der SPD-Landesregierungen muß sich ändern. Statt die Arbeitsplatzvernichtung in Hamburg anzuprangern, war Johannes Rau damals stolz darauf, daß „das Hochtechnologiezentrum“ jetzt in NRW angesiedelt werden sollte - und versüßte dem Konzern die Entscheidung mit 30 Mio. DM Subvention.

Der Hamburger Senat wiederum subventionierte Philips für das Versprechen, eine Mikrochipfabrik zu bauen, mit der Kleinigkeit von 105 Mio. DM. Doch der Senat ist nicht die Konzernleitung! Der neue Chef Timmer beschloß inzwischen, die Fabrik überhaupt nicht

zu bauen.

Daß Philips schlecht organisiert ist, ist offensichtlich. Sämtliche Pläne und Bilanzen der Konzernleitung müssen deshalb offengelegt werden. Wir sind für eine Neustrukturierung des Konzerns - aber nicht zu Lasten der Belegschaften, sondern unter ihrer Kontrolle!

Geert Möbius, Hamburg  
Jungsozialist

# Philips Kommunikations Industrie, Nürnberg Gegenwehr organisieren

Bei den letzten Betriebsversammlungen waren die Aussagen des Vorstandes ziemlich schwammig. Die Entlassungen sollten uns angeblich nicht treffen. Kurz vorher waren aber im Werk A wieder Auflösungsverträge „angeboten“ worden. Auflösungsverträge sind letzten Endes eine Methode, Leute zu entlassen, ohne den Betriebsrat daran beteiligen zu müssen.

Bei den Betriebsversammlungen wurde uns nur eines ganz klar gemacht: Um unsere Arbeitsplätze zu „sichern“, sollen wir alle in der gleichen Zeit mehr produzieren, „produktiver“ werden, um besser konkurrieren zu können. Dann ist es allerdings verwunderlich, daß in der Betriebsversammlung Stromerstraße erzählt wurde, wir hätten einen Investitionsstopp.

So interpretierten wir die Aussage,

daß es eine „Investitionsbremse“ gebe. Die Steigerung der Produktivität soll offenbar so erreicht werden, daß jeder von uns „schneller“ oder „billiger“ arbeitet. Vielleicht versucht die Firma deswegen, den Akkord hochzuschrauben und die Leichtlohngruppen wieder einzuführen. Vielleicht sind deswegen Beschäftigte des Fernmeldewerkes Bautzen - angeblich zur „Ausbildung“ - bei uns, die für 6,- DM Stundenlohn oder sogar weniger 40 Stunden in der Woche arbeiten „dürfen“.

Ohne neue Investitionen wird Philips-Kommunikations-Industrie (PKI) nicht lange überleben. Wird jetzt versucht, die letzten profite herauszuquetschen, bevor die PKI verkauft oder dichtgemacht wird? Die Herren, die die wirtschaftlichen Entscheidungen treffen, sind kaum von den jetzt angekündigten Maßnahmen betro-

fen. Im schlimmsten Fall darf der eine oder andere für eine sechs- bis siebenstellige Summe seinen Hut nehmen, und das war's.

Es ist an der Zeit, daß sich die Vertrauenskörper und Betriebsräte des ganzen Philipskonzerns zusammensetzen, gemeinsam mit der Gewerkschaft Gegenmaßnahmen entwerfen und in die Tat umsetzen. Ansonsten werden wir sicher von der Geschäftsleitung gegeneinander ausgespielt. Wir müssen um die volle Unterstützung der Gewerkschaft gegen jeden Arbeitsplatzabbau kämpfen. Faule Kompromisse mit Übergangsgeld und Sozialplänen, wie sie in Holland zwischen der Konzernleitung und der Gewerkschaft ausgehandelt wurden, sind nicht akzeptabel.

Gut organisierte Belegschaften können solche Angriffe abwehren! Also, werdet Gewerkschaftsmitglied und tragt dazu bei, unsere Arbeitsplätze zu sichern und menschlich zu gestalten.

Von einem Betriebsratsmitglied bei Philips, Nürnberg

## Beschäftigte im öffentlichen Dienst

# „Sparschweine“ der Nation? – Nein Danke!

„Leistung soll bezahlt werden“, heißt es immer. Aber die Arbeit von uns kleinen Beamten, Arbeitern und Angestellten hätte man am liebsten umsonst. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben während der dreijährigen Laufzeit des letzten Tarifvertrages folgende „sagenhafte“ Lohnerhöhungen gehabt: 1988 +2,4%, 1989 +1,4% und 1990 +1,7% sowie eine Zulagenerhöhung zwischen 60 und 83,- DM! Wir sind jahrelang das Sparschwein der Nation gewesen.

## Beispiel Bundespost

Seit der Zerschlagung der Deutschen Bundespost (DBP) in drei selbständige Unternehmen geht es uns nicht besser, weder Kunden noch Personal. Der bürokratische Wasserkopf wird von Tag zu Tag größer. Alles wird dreigeteilt. Auf der obersten Ebene gibt es jetzt zum Beispiel je 14 Vorstandsmitglieder für den Postdienst, den Postbankdienst und Telekom. Sie alle verdienen 315.000,- DM im Jahr. Unsere neuen drei Postunternehmenschefs, die aus der Wirtschaft stammen (Rewe, Loewe Opta, Quelle), verdienen nicht viel weniger als Kohl (mit 481.524,- DM), nämlich 450.000,- DM jährlich.

Bei uns einfachen Beamten, Angestellten und Arbeitern wird dagegen immer mehr gekürzt und rationalisiert. Bereiche, die für die Pri-

vatwirtschaft lukrativ sind, werden so abgebaut, daß für ausscheidendes Personal keiner neu eingestellt wird. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert – auf Kosten der Kunden und des Personals.

Die Arbeitshetze hat sichtlich zugenommen (Krankheitstage, Frührente). Neuerdings – ab dem 1.10.90 – gibt es bei Telekom Leistungszulagen für „besonders gute Ergebnisse“. Diese Zulagen sind zeitlich begrenzt und können für mittlere Einkommen 500,- DM monatlich ausmachen.

Diese Politik der Leistungszulagen für wenige bedeutet Verschärfung des Leistungsdrucks für alle. Zudem führt es zur Spaltung der Kollegen. Kein Wunder, daß wir Postler mit viel Wut im Bauch in diese Tarifrunde gehen.

Während das Kapital die Riesengewinne eingefahren hat, konnten unsere Gehälter nicht mal mit Mieterhöhungen und sonstigen Preissteigerungen Schritt halten. Hinzu kommen noch die Angriffe der Kohl-Regierung wie Steuerreform (Weihnachtsfreibetrag von 600,- DM gestrichen), Gesundheitsreform usw. Die Bundestagsabgeordneten dagegen haben sich erst kürzlich selbst die Diäten und Kostenpauschale um 612,- DM auf 15.107,- DM monatlich erhöht.

Wir wollen mehr Geld, aber deutlich mehr! Am liebsten Sockelbeträge wie z.B. 400,- DM für alle; kein Tarifvertrag, der länger als zwölf Monate dauert, für



Azubis deutliche Anhebung der Vergütungen auf 1200,- DM monatlich für alle Lehrjahre, denn auch sie sollten genug verdienen, um nicht mehr finanziell von den Eltern abhängig zu sein; Erhöhung von Urlaubsgeld und -tagen.

Die Forderungen der fünf Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ÖTV-, Bahn- und Postgewerkschaft, Gewerkschaft Erziehung und Wissen-

## Pflegenotstand ÖTV muß Forderung voll durchsetzen

## Massenentlassungen bei Philips

Siehe Seite 13



Postlerdemo im November 1988 in Bonn: seit der Zerschlagung der Bundespost nur Nachteile für Beschäftigte und Kunden.

schaft, Polizeigewerkschaft) nach einer Erhöhung um 10% sowie 250,- DM bei den Ausbildungsvergütungen sind das Mindeste. Sie müssen voll durchgesetzt werden, auch mit entschiedenen Kampfmaßnahmen.

Denn wir haben in dieser Tarifrunde viel nachzuholen. Dazu brauchen wir die Solidarität der anderen Einzelgewerkschaften, des DGB sowie der SPD und Jusos, nicht wie bei der letzten Tarifaufeinandersetzung, wo Lafontaine mit seiner These „Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“ den Kollegen in den Rücken fiel. Die SPD-Finanzministerin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis, leitet die Verhandlungen für die Länder und hat

selbst 5% Erhöhung als „ganz schön happig“ bezeichnet. Wir erwarten von SPD-Regierungen volle Unterstützung unserer Forderungen und keinen Dolchstoß in den Rücken! SPD-Mitglieder müssen sich dafür stark machen.

Jetzt kommen schon die ersten Töne aus dem Regierungslager nach einem „Sonderopfer für die deutsche Einheit“. Ohne uns! Sollen sie es doch bei den Reichen und den Unternehmern holen. Wir sind jahrelang genug gebeutelt worden. Deshalb rein in die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und dort aktiv werden!

Eliane Peters, Aachen  
Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft und Jungsozialistin

## Höhere Eingruppierung für Erzieher(innen)

# „Sonst machen wir den Laden zu“

„20 Jahre Dornröschenschlaf haben gereicht.“ Mit diesen Worten drückte Kollegin Lea Buchholz auf einer Veranstaltung der ÖTV Köln den Unmut der ca. 500 anwesenden Erzieher(innen) und Sozialarbeiter(innen) darüber aus, daß der Eingruppierungsvertrag für diesen Bereich des öffentlichen Dienstes seit 20 Jahren unverändert ist.

Die Bezahlung in diesem gesellschaftlich sehr notwendigen, aber wenig anerkannten Beruf kann man nur als lächerlich bezeichnen: Bisher stieg eine Erzieherin nach der Ausbildung mit 1680 DM netto ein. Ich habe eine Erzieherin kennengelernt, die nach 20 Jahren im Beruf netto 2036 DM verdient und „die Schnauze endgültig voll“ hat. Damit ist auch ihr Endgehalt erreicht.

Nach Ansicht der GEW entspricht die Bezahlung den typischen Merkmalen einer „Leichtlohngruppe“, und wie in der Industrie sind auch hier fast ausschließlich Frauen davon betroffen. In der laufenden Tarifrunde fordert die ÖTV daher die Eingruppierung der Erzieher(innen) in BAT V1b, das entspricht ca. 300 DM mehr sowie mehr Gehalt für Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten für alle Erzieher(innen) nach zweijähriger Berufstätig-

keit. Viele der Erzieher(innen) meinen, daß 2000 DM netto – angesichts der sozialen Verantwortung – als Einstiegsgehalt garantiert werden müßten.

## Arbeitsbedingungen verbessern

Auf der Veranstaltung wurde beklagt, daß die Arbeitgeber nur bereit sind, über den Eingruppierungsvertrag und nicht gleichzeitig über Lohn und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Die ÖTV setzt auf ein neues Kindergartengesetz, das die Bedingungen auf Länderebene festschreiben würde. Dies ist aber gefährlich, denn je nach politischer Couleur der Landesregierung sehen die konkreten Arbeitsbedingungen besser oder schlechter aus.

Die ÖTV muß auf Bundesebene eine generelle Verbesserung von Bezahlung und Arbeitsbedingungen durchsetzen. Sie darf nicht zulassen, daß zwei Aspekte der Erzieherproblematik gegeneinander ausgespielt werden: Denn was nutzt die bessere Bezahlung, wenn der Streik wegen höherer Gruppenstärken, weniger Zeit für Fortbildung, mehr Ausfälle wegen Krankheit etc. steigt?

Schon jetzt ist in vielen Bundesländern ein Mangel an qualifizierten Erzie-

her(innen) festzustellen. Wenn die Länder wie Nordrhein-Westfalen es mit dem massiven Ausbau der Kindergartenplätze ernst meinen, müssen sie auch den Beruf attraktiver machen, um Nachwuchskräfte zu bekommen. Das bedeutet – auch und gerade für SPD-regierte Länder –, daß sie den Forderungen der ÖTV sofort und in vollem Um-

fang nachkommen sollten! Sonst läuft das Programm zur Schaffung neuer Kitas nur auf eine zusätzliche Belastung der Erziehungskräfte und eine Verschlechterung der Betreuung der Kinder hinaus.

Die ÖTV muß in den Verhandlungsrunden hart bleiben und darauf bestehen, sowohl die Eingruppierung wie

auch die Arbeitsbedingungen gemeinsam zu verhandeln. Bei den bisherigen Kundgebungen und Demonstrationen kam deutlich zum Ausdruck, daß die Erzieher(innen) – im Gegensatz zu früher – nunmehr bereit sind, den KiTa-Streik als Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen in Betracht zu ziehen. Schon Ende November gab es einen zweistündigen Warnstreik in den Bremer Kitas.

## Kämpferische Stimmung

„Auch wir haben ein Recht zu streiken“, meinte eine Kindergartenleiterin aus Herne, selbst Mutter von zwei Kleinkindern, bei einer Kundgebung des Landeselternverbandes NRW in Recklinghausen. 5000 Erzieher(innen) und Sozialarbeiter(innen) nahmen am 27. November an einer Demonstration in Münster zur Unterstützung der ÖTV-Tarifverhandlungen teil. Auch hier war die Stimmung sehr kämpferisch. „Wir geben keine Ruh“, sonst machen wir den Laden zu“, lautete ein Transparent.

Auf diese Stimmung kann und muß die ÖTV zurückgreifen, um den Kampf zum Erfolg zu führen.

Fiz Garvie, Köln  
SPD-Mitglied



Demonstration am 27. November in Münster: 5000 unterstützten die ÖTV bei der Verhandlungsrunde.